

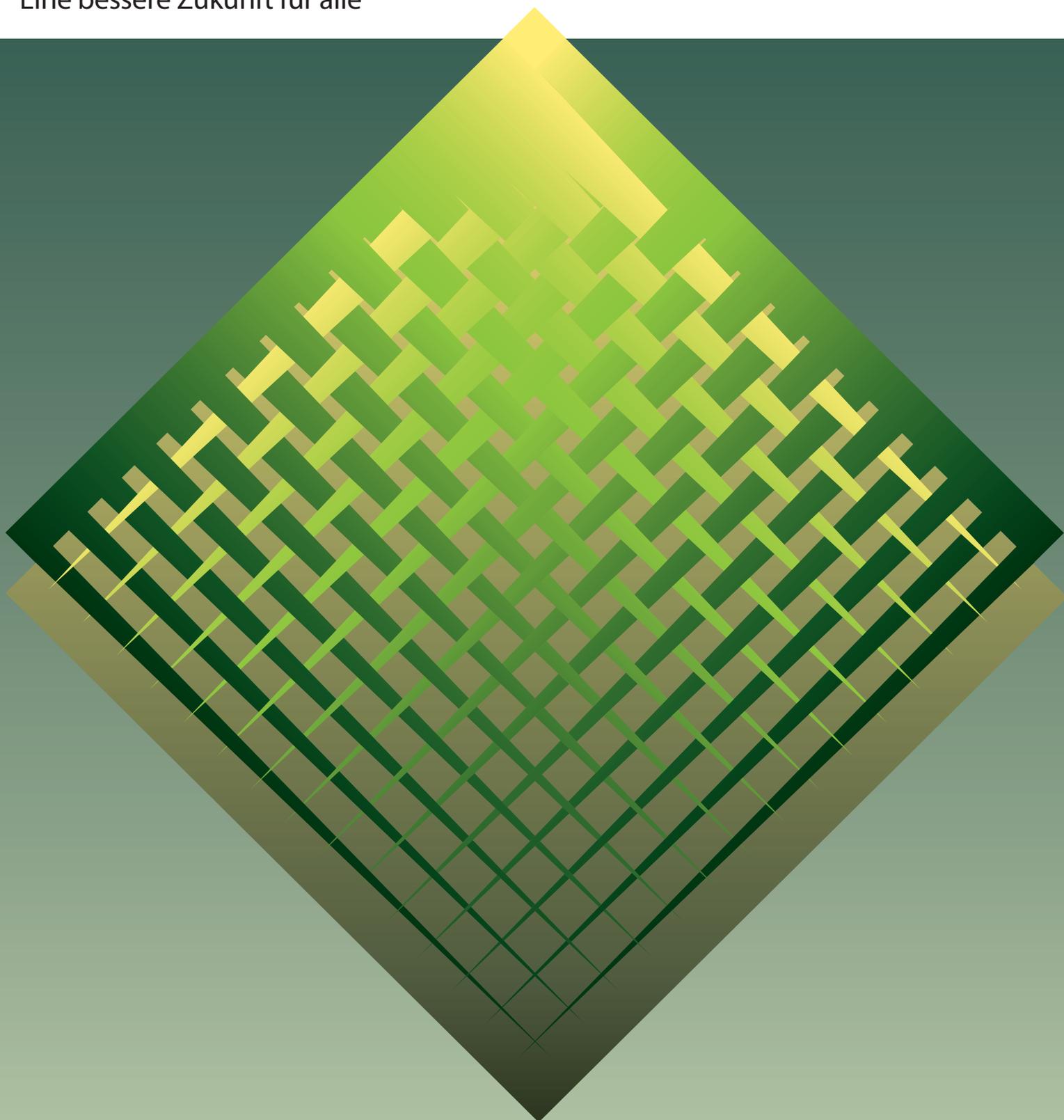
Kurzfassung

Bericht über die menschliche Entwicklung 2011



Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit:

Eine bessere Zukunft für alle



Kurzfassung
Bericht über die
menschliche Entwicklung **2011**

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit:
Eine bessere Zukunft für alle



Veröffentlicht für das
Entwicklungsprogramm
der Vereinten Nationen
(UNDP)



Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen
(Deutsche Ausgabe)
Berlin 2011

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN e. V.

Zimmerstraße 26/27

D-10969 Berlin

Telefon: (030) 25 93 75-0

Telefax: (030) 25 93 75-29

E-Mail: info@dgvn.de

Internet: www.dgvn.de

ISBN: 978-3-923904-68-6

Originaltitel: Human Development Report 2011

Sustainability and Equity:

A Better Future for All

Copyright © 2011 United Nations Development Programme (UNDP)

1 UN Plaza, New York, New York, 10017, USA

DEUTSCHE AUSGABE

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ohne vorherige Genehmigung durch den Herausgeber dürfen keine Auszüge aus dieser Publikation angefertigt, reproduziert, archiviert oder übermittelt werden, auch nicht elektronisch, als Fotokopie, Aufnahme oder auf andere Weise.

Design: Gerry Quinn

Die Komplettfassung des *Berichts über die menschliche Entwicklung 2011* ist im UNO-Verlag, Bonn, erschienen. Der 220 Seiten starke Bericht hat zahlreiche Grafiken, Tabellen und Textkästen sowie einen umfangreichen statistischen Anhang.

Er kostet 29,90 € und ist im Buchhandel oder direkt über den UNO-Verlag (Adresse siehe unten) zu beziehen.

Weitere Materialien zum *Bericht über die menschliche Entwicklung 2011* findet sich auch auf der Internetseite der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen www.dgvn.de

Übersetzung: Klaus Birker, Ahrweiler
Angela Großmann, Bonn
Christina Kamp, Bonn
Gabriele Lassen-Mock, Berlin
Bernd Neidlein, Istanbul

Redaktion: Michael Adrian, Ulrich Keller, Sabine Krieger-Mattila

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die
Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Berlin © 2011

Satz: EMS Eckert Medienservice, Rheinbach

Druck: Druck Center Meckenheim GmbH, Meckenheim

Vertrieb und Verlag: UNO-Verlag
Vertriebs- und Verlags-GmbH
August-Bebel-Allee 6 · D-53175 Bonn
Telefon: (02 28) 9 49 02-0 · Telefax: (02 28) 9 49 02-22
E-Mail: info@uno-verlag.de
Internet: www.uno-verlag.de

Die deutsche Ausgabe des Berichts über die menschliche Entwicklung 2011 war nur dank der finanziellen Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung möglich.

Team für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2011

UNDP-Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* ist ein Gemeinschaftswerk. Unter Leitung der Direktorin arbeiten Teams für Recherche, Statistik, Kommunikation und Publikation sowie ein Team zur Unterstützung der Nationalen Berichte über die menschliche Entwicklung zusammen. Kollegen aus operativen und administrativen Abteilungen erleichtern die Arbeit des Büros.

Direktorin und leitende Autorin

Jeni Klugman

Recherche

Francisco Rodríguez (Leitung), Shital Beejadhur, Subhra Bhattacharjee, Monalisa Chatterjee, Hyung-Jin Choi, Alan Fuchs, Mamaye Gebretsadik, Zachary Gidwitz, Martin Philipp Heger, Vera Kehayova, José Pineda, Emma Samman und Sarah Twigg

Statistik

Milorad Kovacevic (Leitung), Astra Bonini, Amie Gaye, Clara Garcia Aguña und Shreyasi Jha

Kommunikation und Publikation

William Orme (Leitung), Botagoz Abdreyeva, Carlotta Aiello, Wynne Boelt und Jean-Yves Hamel

Nationale Berichte über die menschliche Entwicklung

Eva Jespersen (Stellvertretende Direktorin), Mary Ann Mwangi, Paola Pagliani und Tim Scott

Operative Abwicklung und Verwaltung

Sarantuya Mend (Leitung operative Abwicklung), Diane Bouopda und Fe Juarez-Shanahan

Vorwort

Im Juni 2012 werden die Führer der Welt in Rio de Janeiro zusammenkommen, um sich auf einen neuen Konsens zu verständigen. Es geht darum, durch globales Handeln die Zukunft unseres Planeten und das Recht künftiger Generationen auf ein gesundes und erfülltes Leben überall auf der Welt zu sichern. Dies ist die große Herausforderung für die Entwicklung im 21. Jahrhundert.

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung 2011* steuert wichtige neue Beiträge zum weltweiten Dialog über diese Herausforderung bei. Er zeigt, dass Nachhaltigkeit unauflöslich mit grundlegenden Aspekten der Gerechtigkeit wie Fairness, sozialer Gerechtigkeit und stärkerem Zugang zu besserer Lebensqualität verknüpft ist. Nachhaltigkeit ist nicht ausschließlich und nicht einmal vorrangig ein Umweltproblem, wie dieser Bericht überzeugend darlegt. Es geht im Grunde darum, für welche Art der Lebensführung wir uns entscheiden, in dem Bewusstsein, dass alles, was wir tun, Folgen für die sieben Milliarden Menschen hat, die heute mit uns zusammen diesen Planeten bevölkern, aber auch für die vielen weiteren Milliarden, die in den Jahrhunderten nach uns auf ihm leben werden.

Wenn wir die menschlichen Freiheiten für die heutigen und die künftigen Generationen erweitern wollen, ist es von entscheidender Bedeutung, den Zusammenhang zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu verstehen. Der bemerkenswerte Fortschritt der menschlichen Entwicklung während der letzten Jahrzehnte, den die globalen *Berichte über die menschliche Entwicklung* dokumentiert haben, wird nicht andauern, wenn nicht weltweit mutige Schritte zur Verringerung der Umweltrisiken wie auch der Ungleichheit ergriffen werden. Dieser Bericht zeigt Wege auf, die es einzelnen Menschen, lokalen Gemeinschaften, Ländern und der internationalen Gemeinschaft ermöglichen sollen, ökologische Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit so zu fördern, dass sie sich gegenseitig verstärken.

In den 176 Ländern und Gebieten, in denen das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen täglich im Einsatz ist, leiden viele benachteiligte Menschen unter doppelter Deprivation. Sie sind durch die allgemeineren Auswirkungen verschlechterter Umweltbedingungen stärker gefährdet, weil ihre Belastungen größer sind und sie über geringere Möglichkeiten zur Problembewältigung verfügen. Sie müssen aber auch mit Bedrohungen in ihrer unmittelbaren Umgebung wie Raumluftverschmutzung, unsauberem Wasser und schlechten Sanitäreinrichtungen fertig werden. Prognosen zufolge besteht die Gefahr einer Verlangsamung der stetigen Fortschritte, die die meisten Armen auf der Welt über Jahrzehnte erreicht haben, ja sogar einer Umkehr der globalen Konvergenz der menschlichen Entwicklung, wenn es weiterhin nicht gelingt, die gravierenden Umweltrisiken und die sich vertiefenden sozialen Ungleichheiten zu verringern.

Diese Muster werden durch starke Unterschiede in den Machtverhältnissen beeinflusst. Neue Analysen zeigen, dass ungleiche Machtverteilung und Geschlechterungleichheit auf nationaler Ebene verbunden sind mit geringerem Zugang zu sauberem Wasser und verbesserter Sanitärversorgung, mit Bodendegradation und mit Sterbefällen aufgrund von Verschmutzung der Innen- und Außenluft – Faktoren, die die Negativwirkung von Einkommensdisparitäten verstärken. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Ungleichheit und Verschlechterungen der Umweltergebnisse. Auf globaler Ebene sind es die etablierten Strukturen politischer Steuerung, die häufig die Mitsprachemöglichkeiten der Entwicklungsländer schwächen und marginalisierte Gruppen ausschließen.

Dennoch gibt es Alternativen zu Ungleichheit und fehlender Nachhaltigkeit. Wachstum, das durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe vorangetrieben wird, ist keine unabdingbare Voraussetzung für ein besseres Leben im Sinn einer breiteren menschlichen Entwicklung. Investitionen, die zu mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit führen – zum Beispiel Investitionen in den Zugang zu erneuerbarer Energie, Wasser- und Sanitärversorgung und reproduktiven Gesundheitsdiensten –, könnten sowohl die Nachhaltigkeit als auch die menschliche Entwicklung fördern. Die Stärkung von Rechenschaftspflicht und demokratischen Prozessen, unter anderem durch die Unterstützung einer aktiven Zivilgesellschaft und engagierter Medien, können ebenfalls zu besseren Ergebnissen führen. Gemeinschaftliche Bewirtschaftung, integrative Einrichtungen, die sich besonders um benachteiligte Gruppen kümmern, sowie übergreifende Maßnahmen wie die Koordinierung von Budgets und Mechanismen zwischen staatlichen Stellen und Entwicklungspartnern sind Bestandteile erfolgreicher Ansätze.

Über die Millenniums-Entwicklungsziele hinaus braucht die Welt einen Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015, in dem Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ihren Platz finden. Rio+20 wird eine wichtige Gelegenheit bieten, sich gemeinsam auf den künftigen Weg zu verständigen. Dieser Bericht zeigt, dass Ansätze, die Gerechtigkeit in politische Konzepte und Programme integrieren und Menschen mit der Fähigkeit zur Herbeiführung rechtlicher und politischer Veränderungen ausstatten, äußerst vielversprechend sind. Die Erfahrungen vieler Länder rund um die Welt zeigen immer deutlicher das Potenzial solcher Ansätze zur Schaffung und Nutzung positiver Synergien.

Der künftige Bedarf an Finanzmitteln für die Entwicklung, einschließlich Umweltschutz und Sozialschutz, wird die derzeitige öffentliche Entwicklungshilfe um ein Vielfaches übersteigen. Die Ausgaben für kohlenstoffarme Energiequellen beispielsweise erreichen heute nur 1,6 Prozent der niedrigsten Bedarfsschätzung, während die Ausgaben für Klimaschutz und Anpassung an Klimaveränderungen nur rund elf Prozent des geschätzten Bedarfs ausmachen. Viele Hoffnungen richten sich auf eine neue Klimafinanzierung. Zwar werden Marktmechanismen und private Finanzmittel eine entscheidende Rolle spielen, aber sie müssen durch proaktive öffentliche Investitionen unterstützt und in ihrer Wirkung verstärkt werden. Die Schließung der Finanzierungslücke erfordert innovatives Denken, eine Forderung, der dieser Bericht nachkommt.

Es geht aber nicht nur um neue Finanzquellen für ausgewogene Maßnahmen gegen drängende Umweltgefahren. Der Bericht befürwortet auch Reformen, die Gerechtigkeit und Mitsprache fördern. Die Finanzströme müssen auf die Bewältigung der kritischen Herausforderungen – Ungleichheit und fehlende Nachhaltigkeit – gelenkt werden und dürfen nicht dazu führen, dass bestehende Disparitäten verstärkt werden.

Alle Menschen mit Chancen und Wahlmöglichkeiten auszustatten, ist das zentrale Ziel der menschlichen Entwicklung. Wir haben eine weltweite kollektive Verantwortung gegenüber den am wenigsten privilegierten Gruppen, den heutigen wie den zukünftigen. Ein moralischer Imperativ verpflichtet uns, dafür zu sorgen, dass die Gegenwart nicht zum Feind der Zukunft wird. Dieser Bericht kann uns helfen, den einzuschlagenden Weg zu erkennen.



Helen Clark
Administratorin
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

Die Analysen und politischen Empfehlungen dieses Berichts geben nicht unbedingt die Ansichten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen oder seines Exekutivrats wieder. Der Bericht ist eine unabhängige Publikation im Auftrag von UNDP. Die Recherchen für diesen Bericht und die Abfassung der Texte sind eine Gemeinschaftsleistung des Teams für den Bericht über die menschliche Entwicklung und einer Gruppe namhafter Berater, geleitet von Jeni Klugman, der Direktorin des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung.

Danksagungen

Dies ist mein drittes und letztes Jahr als Direktorin des globalen *Berichts über die menschliche Entwicklung*. Die Ausgabe 2011 stellt wie immer ein durch enorme Anstrengungen vollbrachtes Gemeinschaftswerk dar. Grundlage waren die harte Arbeit und stete Einsatzbereitschaft des Teams für den *Bericht über die menschliche Entwicklung*, dem eine große Familie von Wissenschaftlern, Fürsprechern und Amtsträgern zur Seite stand, deren Engagement und Weitblick entscheidend zu unserem Erfolg beigetragen haben.

Ein wissenschaftliches Beratungsgremium lieferte wertvolle Orientierungshilfen. Wir danken Bina Agarwal, Sabina Alkire, Anthony Atkinson, Tariq Banuri, François Bourguignon, William Easterly, Daniel Esty, Sakiko Fukuda-Parr, Enrico Giovannini, Stephany Griffith-Jones, Brian Hammond, Geoffrey Heal, Cesar Hidalgo, Richard Jolly, Gareth Jones, Martin Khor, Mwangi S. Kimenyi, Adil Najam, Eric Neumayer, Michael Noble, José Antonio Ocampo, Marcio Pochmann, Henry Richardson, Ingrid Robeyns, José Salazar-Xirinachs, Frances Stewart, Pavan Sukhdev, Miguel Székely, Dennis Trewin, Leonardo Villar und Tarik Yousef.

Einer erneut eingesetzten statistischen Beratungsgruppe, in der Vertreter von Statistikbehörden und wissenschaftliche Sachverständige mitwirkten, verdanken wir eine exzellente Beratung zu Methoden und Datenquellen bezüglich der verschiedenen Indizes der menschlichen Entwicklung: Anthony Atkinson, Grace Bediako, Haishan Fu, Enrico Giovannini, Peter Harper, Gareth Jones, Irena Krizman, Charles Leyeka Lufumpa, Michael Noble, Eduardo Nunes, Marcio Pochmann, Eric Swanson, Miguel Székely und Dato' Hajan Wan Ramlah Wan Abd. Raof. Darüber hinaus übermittelte die Statistik-Kommission der Vereinten Nationen hilfreiche Kommentare aus den Mitgliedstaaten.

An einer umfangreichen Reihe von Konsultationen beteiligten sich rund 500 Wissenschaftler, Vertreter der Zivilgesellschaft, Entwicklungspraktiker und Politiker aus der ganzen Welt. Zwischen Februar 2010 und September 2011 fanden mit Unterstützung der Landes- und Regionalbüros des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) 26 Veranstaltungen statt – in Amman, Bamako, Bangkok, Beijing, Berkeley, Bonn, Dubai, Genf, Kigali, Kopenhagen, Ljubljana, London, Nairobi, Neu Delhi, New York, Paris, Quito und San José. Wir danken auch den unter <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2011/consultations> aufgeführten Partnerorganisationen für ihre Unterstützung.

Zu verschiedenen Themen wurden Hintergrundstudien in Auftrag gegeben. Sie stehen im Rahmen unserer Reihe *Human Development Research Papers* online zur Verfügung und sind in der Bibliografie aufgeführt. Besonderer Dank gilt Sabina Alkire und der Oxford Human Development and Poverty Initiative für ihre kontinuierliche Mitarbeit und ihre Bemühungen um die Verbesserung unseres Maßes der mehrdimensionalen Armut.

Die in diesem Bericht verwendeten Statistiken stützen sich auf verschiedene Datenbanken. Wir danken insbesondere dem Carbon Dioxide Information Analysis Center des Energieministeriums der Vereinigten Staaten, dem Yale Center for Environmental Law and Policy, Robert Barro und Jong-Wha Lee, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, Gallup World Poll, Global Footprint Network, ICF Macro, dem Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Energie-Agentur, der Internationalen Arbeitsorganisation, der Weltnaturschutzunion, der Interparlamentarischen Union,

der Luxembourg Income Study, der UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, dem Institut für Statistik der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation.

Die Analyse der Weltbank-Datenbank zur internationalen Einkommensverteilung wurde von Claudio Montenegro durchgeführt, die Statistiken der Europäischen Union zu Einkommens- und Lebensbedingungen untersuchte Suman Seth, und die Demographic and Health Surveys von ICF Macro analysierte Kenneth Harttgen.

Eine UNDP-Lesergruppe, die sich aus Vertretern aller Regional- und Grundsatzbüros zusammensetzte, und eine Vielzahl anderer Kollegen, die hier nicht alle aufgeführt werden können, lieferten während der gesamten Erstellung des Berichts wertvolle Anregungen. Ein besonderer Dank gilt Jennifer Laughlin und Charles MacPherson und den Kollegen im Büro für Entwicklungspolitik. Das Netzwerk für menschliche Entwicklung, das rund 1.500 UNDP-Mitarbeiter, Wissenschaftler und nichtstaatliche Organisationen umfasst, trug durch Online-Diskussionen zahlreiche nützliche Anregungen und Kommentare bei. Martha Mai vom Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste leistete administrative Unterstützung.

Wichtige Beiträge wurden im Verlauf des Jahres von hart arbeitenden Praktikanten erbracht: Raphaelle Aubert, Uttara Balakrishnan, Luis Fernando Cervantes, Nicole Glanemann, Faith Kim, Meng Lu, Francesca Rappocciolo, Andrés Méndez Ruiz, Fredrik M. Sjöberg und Seol Yoo.

Ein Team bei Communications Development Incorporated unter der Leitung von Bruce Ross-Larson, mit Meta de Coquereaumont, Rob Elson, Jack Harlow, Christopher Trott und Elaine Wilson, übernahm die Redaktion und das Layout des Berichts. Für Design und Grafiken war Gerry Quinn verantwortlich.

Wir danken allen, die direkt oder indirekt zu unserer Arbeit beitragen haben, und weisen darauf hin, dass wir für allfällige Irrtümer und Auslassungen die alleinige Verantwortung übernehmen.

Die Leitung des globalen *Berichts über die menschliche Entwicklung* während der letzten drei Jahre war für mich auf persönlicher wie auf beruflicher Ebene eine großartige Erfahrung. Das Konzept menschlicher Entwicklung demonstriert immer wieder seinen Wert als Brennglas eines kritischen und konstruktiven Denkens über fundamentale Herausforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Ich bin zuversichtlich, dass die unabhängigen globalen Berichte, die im Auftrag von UNDP herausgegeben werden, auch künftig eine zentrale Rolle in den wichtigen weltweiten Debatten spielen werden. Ich wünsche meinem Nachfolger Khalid Malik, der dieses große Werk in das nächste Jahrzehnt hineinführen wird, viel Glück und alles Gute.



Jeni Klugman
Direktorin und führende Autorin
Bericht über die menschliche Entwicklung 2011

Inhalt

Vorwort

Danksagungen

ÜBERBLICK

KAPITEL 1

Warum Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit?

Gibt es Grenzen menschlicher Entwicklung?

Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und menschliche Entwicklung

Zentrale Fragestellungen

KAPITEL 2

Menschliche Entwicklung, Verteilungsgerechtigkeit und Umweltindikatoren – Muster und Trends

Fortschritte und Aussichten

Bedrohungen für den weiteren Fortschritt

Erfolge bei der Förderung nachhaltiger und gerechter menschlicher Entwicklung

KAPITEL 3

Auswirkungen erforschen – Beziehungen verstehen

Eine Armutsperspektive

Umweltbedingte Bedrohungen des Wohlergehens von Menschen

Zu mehr Ungleichheit führende Auswirkungen extremer Ereignisse

Vorenthaltene Teilhabe und Umweltdegradation

KAPITEL 4

Positive Synergien – Erfolgsstrategien für die Umwelt, für Gerechtigkeit und menschliche Entwicklung

Mehr Initiativen gegen Umweltzerstörung und soziale Systeme belastbarer machen

Umweltdegradation vermeiden

Den Klimawandel bekämpfen – Risiken und Realitäten

KAPITEL 5

Politische Herausforderungen annehmen

Business-as-usual ist weder gerecht noch nachhaltig

Unser Entwicklungsmodell überdenken – Hebel für Veränderungen

Finanzierung von Investitionen und Reformagenda

Innovationen auf globaler Ebene

Endnoten

Bibliografie

STATISTISCHER ANHANG

Anleitung für den Leser

HDI 2011: Schlüssel zu den Ländern und Rangstufen

Statistische Tabellen

Technische Erläuterungen

Klassifizierung der Länder

Überblick

Der diesjährige Bericht konzentriert sich auf nachhaltigen und gerechten Fortschritt. Eine Betrachtung beider Aspekte zeigt, wie sich durch die Zerstörung der Umwelt die Ungleichheit für ohnehin schon benachteiligte Bevölkerungsgruppen verschärft und wie sich der Zustand der Umwelt durch Ungleichheiten bei der menschlichen Entwicklung weiter verschlechtert.

Die menschliche Entwicklung, bei der es um die Erweiterung der Wahlmöglichkeiten der Menschen geht, baut auf den von allen genutzten natürlichen Ressourcen auf. Um die menschliche Entwicklung zu fördern, muss man sich um die Nachhaltigkeit kümmern – auf lokaler, nationaler und globaler Ebene – und dies kann und sollte auf eine Weise geschehen, die gerecht ist und die Teilhabe fördert.

Wir bemühen uns darum sicherzustellen, dass das Streben der Armen nach einem besseren Leben auf dem Weg zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit vollumfänglich berücksichtigt wird. Wir zeigen auch Wege, auf denen es Menschen, Gemeinschaften, Ländern und der internationalen Gemeinschaft möglich wird, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit so zu fördern, dass beide sich gegenseitig stärken.

Warum Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit?

Der Ansatz menschlicher Entwicklung bleibt relevant, wenn es darum geht, unsere Welt zu verstehen und aktuelle und zukünftige Herausforderungen anzugehen. Im vergangenen Jahr würdigte der *Bericht über die menschliche Entwicklung* (HDR) zu seinem 20-jährigen Jubiläum das Konzept menschlicher Entwicklung. Er betonte, wie Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit, eine stärkere Teilhabe sowie Nachhaltigkeit die Wahlmöglichkeiten

der Menschen erweitern. Gleichzeitig betonte der Bericht immanente Herausforderungen. Er zeigte, dass man diese zentralen Aspekte menschlicher Entwicklung nicht immer gleichzeitig erreichen kann.

Warum Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gemeinsam betrachtet werden müssen

In diesem Jahr untersuchen wir die Schnittpunkte zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, die sich im Bemühen um eine gerechte Verteilung im Grunde ähnlich sind. Wir legen Wert auf Nachhaltigkeit, weil zukünftige Generationen mindestens die gleichen Möglichkeiten haben sollten wie die Menschen heute. Auch sind alle Ungleichheit verschärfenden Prozesse ungerecht: Die Chancen der Menschen auf ein besseres Leben sollten nicht von Faktoren beschränkt werden, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Ungleichheiten sind besonders ungerecht, wenn bestimmte Gruppen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Rasse oder ihres Geburtsortes systematisch benachteiligt werden.

Sudhir Anand und Amartya Sen traten schon vor mehr als zehn Jahren dafür ein, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gemeinsam zu behandeln: „Es wäre eine grobe Verletzung des universalistischen Prinzips“, argumentierten sie, „wenn wir ganz auf die *intergenerationale* Gerechtigkeit fixiert wären, ohne gleichzeitig das Problem der *intragenerationellen* Gerechtigkeit zu erkennen“ (Hervorhebung im Original). Ähnliche Themen ergaben sich aus dem Bericht der Brundtland-Kommission von 1987 und einer Reihe internationaler Erklärungen, von Stockholm 1972 bis Johannesburg 2002. Doch heute werden in vielen Debatten über Nachhaltigkeit Fragen der Gleichheit vernachlässigt. Sie werden als separates, nicht damit in Zusammenhang stehendes Anliegen

behandelt. Ein solches Denken ist unvollständig und kontraproduktiv.

Einige zentrale Definitionen

Menschliche Entwicklung ist die Erweiterung der Freiheiten und Verwirklichungschancen der Menschen, ein Leben zu führen, das sie wertschätzen und aus guten Gründen wertschätzen können. Es geht darum, die Wahlmöglichkeiten zu erweitern. Bei Freiheiten und Verwirklichungschancen handelt es sich um eine umfassendere Vorstellung als bei den Grundbedürfnissen. Für ein „gutes Leben“ sind viele Ziele nötig, Ziele, die sowohl in sich wertvoll sein als auch instrumentellen Wert haben können. Zum Beispiel können wir die biologische Vielfalt oder die Schönheit der Natur unabhängig von ihrem jeweiligen Beitrag zu unserem Lebensstandard wertschätzen.

Die Benachteiligten stehen im Mittelpunkt menschlicher Entwicklung. Dazu gehören auch Menschen in der Zukunft, die am stärksten unter den Folgen der Risiken leiden, denen sie aufgrund unserer Aktivitäten ausgesetzt sind. Daher kümmern wir uns nicht nur um die im Durchschnitt oder im wahrscheinlichsten Szenario zu erwartenden Ereignisse, sondern auch um solche, die in weniger wahrscheinlichen, aber immer noch

möglichen Szenarien geschehen könnten, vor allem wenn diese Ereignisse für arme und besonders verwundbare Menschen katastrophal sind.

In Debatten darüber, was ökologische Nachhaltigkeit bedeutet, wird der Schwerpunkt oft auf die Frage gelegt, ob von Menschen geschaffenes Kapital natürliche Ressourcen ersetzen kann und ob sich wie in der Vergangenheit die aufgrund der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen bestehenden Grenzen durch menschlichen Einfallsreichtum lockern lassen. Ob dies auch in Zukunft möglich sein wird, weiß man nicht. Hinzu kommen Katastrophenrisiken, sodass beides dafür spricht, die grundlegenden Naturgüter und die damit zusammenhängenden ökologischen Funktionen zu erhalten. Dieser Blickwinkel steht auch mit menschenrechtsbasierten Entwicklungsansätzen in Einklang. *Nachhaltige menschliche Entwicklung ist die Erweiterung der wesentlichen Freiheiten der Menschen, die heute leben, während vernünftige Anstrengungen unternommen werden, um zu verhindern, dass die Freiheiten künftiger Generationen aufs Spiel gesetzt werden.* Für dieses Konzept ist eine fundierte öffentliche Auseinandersetzung von entscheidender Bedeutung. Sie ist wichtig, um die Risiken definieren zu können, die eine Gesellschaft zu tragen bereit ist.

Das Bestreben, die Ziele ökologische Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit gemeinsam zu verfolgen, erfordert nicht, dass sich beide Bereiche immer gegenseitig stärken. In vielen Fällen wird es Kompromisse geben. Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation können negative Auswirkungen auf die Verteilungsgerechtigkeit haben – wenn zum Beispiel sie das Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern beeinträchtigen. Dieser Bericht illustriert, welche Arten von gemeinsamen Wirkungen politische Handlungskonzepte haben könnten. Dabei wird anerkannt, dass diese Wirkungen nicht allgemeingültig sind, und es wird unterstrichen, dass der Kontext von entscheidender Bedeutung ist (Grafik 1).

Es sollte besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, positive Synergien zu

GRAFIK 1

Eine Illustration politischer Synergien und Kompromisse zwischen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Dieses Modell spricht dafür, besondere Aufmerksamkeit auf die Ermittlung positiver Synergien zwischen den beiden Zielen sowie auf die Berücksichtigung von Zielkonflikten zu richten.



identifizieren und Zielkonflikte zu berücksichtigen. Wir untersuchen, wie Gesellschaften Win-win-win-Lösungen, die Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und menschliche Entwicklung fördern, umsetzen können.

Muster und Trends, Fortschritte und Aussichten

Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass die Umweltzerstörung weltweit verbreitet ist und potenziell weiter zunimmt. Da unsicher ist, welches Ausmaß die Veränderungen in Zukunft haben werden, untersuchen wir eine Reihe verschiedener Voraussagen – auch im Hinblick auf die menschliche Entwicklung.

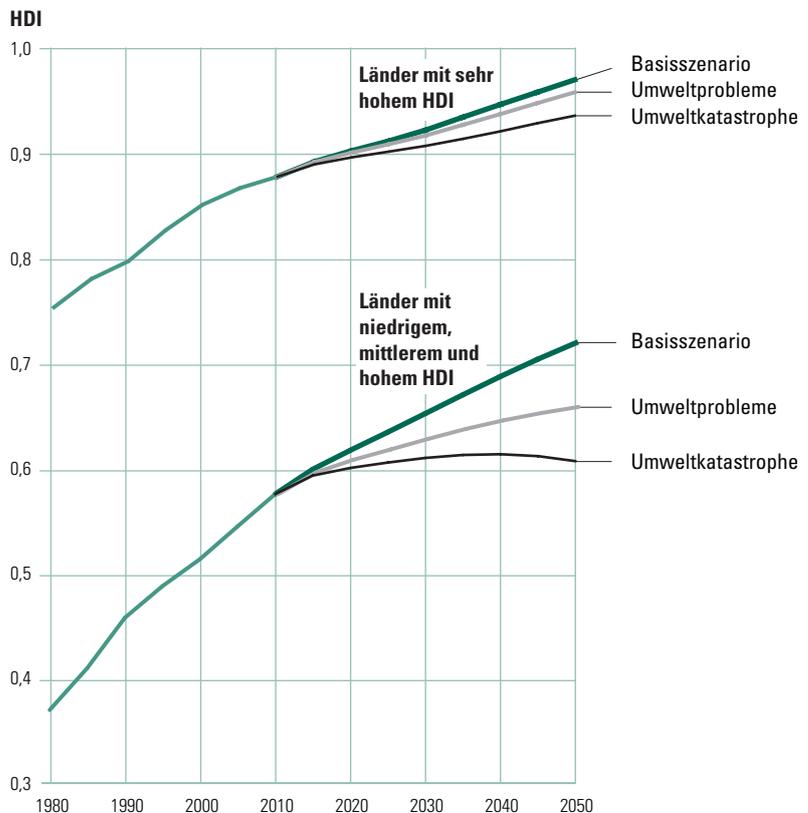
Unser Ausgangspunkt und ein zentrales Thema des *Berichts über die menschliche Entwicklung 2010* sind die enormen Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung im Laufe der vergangenen Jahrzehnte – mit drei Vorbehalten:

- Einkommenswachstum wird mit einer Verschlechterung der Werte zentraler Umweltindikatoren wie den Kohlendioxidemissionen, der Boden- und Wasserqualität und der Waldfläche in Zusammenhang gebracht.
- Obwohl sich die Unterschiede in den Bereichen Gesundheit und Bildung verringert haben, haben die Einkommensdisparitäten auf nationaler Ebene in großen Teilen der Welt zugenommen.
- Mehr Teilhabe geht zwar im Durchschnitt tendenziell mit einem steigenden Wert beim Index der menschlichen Entwicklung (HDI) einher, doch es besteht um dieses Verhältnis eine beträchtliche Streuung.

Für diesen Bericht erstellte Simulationen weisen darauf hin, dass bis 2050 der globale HDI um acht Prozent niedriger wäre als die Basislinie in einem Szenario mit Umweltproblemen, das die negativen Folgen der Erderwärmung auf die landwirtschaftliche Produktion, den Zugang zu sauberem Wasser und einer verbesserten Sanitärversorgung sowie die Umweltverschmutzung erfasst. In Südasien und Afrika südlich der Sahara wäre der HDI sogar um 12

GRAFIK 2

Szenarien, die Auswirkungen von Umweltrisiken auf die menschliche Entwicklung bis 2050 projizieren



Hinweis: Siehe Erläuterung der Szenarien im Text.

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Daten der HDRO-Datenbank und von Hughes, Irfan et al. (2011), die sich auf Voraussagen von International Futures, Version 6.42, stützen.

Prozent geringer. Ein noch schlimmeres „Umweltkatastrophen“-Szenario geht von einer enormen Entwaldung und Bodendegradation aus, von einem dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt und von einer beschleunigten Zunahme extremer Wetterereignisse. In diesem Szenario läge der globale HDI etwa 15 Prozent unter der vorhergesagten Basislinie.

Grafik 2 illustriert das Ausmaß an Verlusten und Risiken, mit denen unsere Enkelkinder konfrontiert sein werden, wenn wir nichts tun, um die gegenwärtigen Trends aufzuhalten oder umzukehren. Das Umweltkatastrophenszenario führt in Entwicklungsländern noch vor 2050 zu einem Wendepunkt. Wenn wir nichts tun, um die gegenwärtigen Trends aufzuhalten oder umzukehren, wenn wir nichts tun, um die gegenwärtigen Trends aufzuhalten oder umzukehren. Die Konvergenz der Entwicklungsländer mit den reichen

Ländern bei den HDI-Erreichten beginnt sich umzukehren.

Diese Projektionen deuten darauf hin, dass in vielen Fällen die am stärksten Benachteiligten die negativen Folgen der Umweltzerstörung tragen und weiterhin tragen werden, selbst wenn sie wenig zu dem Problem beitragen. Zum Beispiel haben die Länder mit niedrigem HDI am wenigsten zum globalen Klimawandel beigetragen, doch sie haben die größten Rückgänge an Niederschlägen erlitten und die stärkste Zunahme der

Niederschlagsvariabilität erlebt (Grafik 3); das hatte Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und die Lebensgrundlagen.

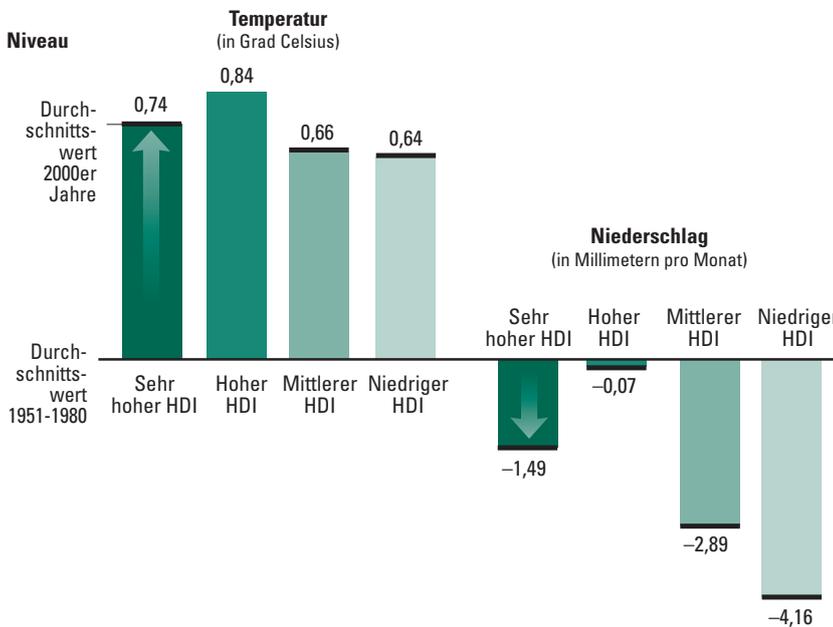
Die Pro-Kopf-Emissionen sind in Ländern mit sehr hohem HDI sehr viel höher als in Ländern mit niedrigem, mittlerem und hohem HDI. Dies ist auf die energieintensiveren Aktivitäten zurückzuführen: Auto fahren, Wohn- und Geschäftsräume kühlen oder heizen, verarbeitete und verpackte Nahrungsmittel konsumieren. Der Durchschnittsmensch in einem Land mit sehr hohem HDI verursacht mehr als vier Mal so viele Kohlendioxidemissionen und etwa doppelt so viele Methan- und Stickoxidemissionen wie ein Mensch in einem Land mit niedrigem, mittlerem oder hohem HDI – und rund 30 Mal so viele Kohlendioxidemissionen wie ein Mensch in einem Land mit niedrigem HDI. Ein Durchschnittsbrite verursacht in zwei Monaten so viele Treibhausgas-Emissionen wie ein Mensch in einem Land mit niedrigem HDI in einem Jahr. Und der Durchschnittskatarer, der im Land mit den höchsten Emissionen pro Kopf lebt, schafft das in nur zehn Tagen. Allerdings spiegelt dieser Wert nicht nur den Konsum wider, sondern auch die Produktion, wenn der Konsum anderswo stattfindet.

Zwar stammen drei Viertel des Anstiegs der Emissionen seit 1970 aus den Ländern mit niedrigem, mittlerem und hohem HDI, doch die Länder mit sehr hohem HDI verursachen noch immer einen sehr viel höheren Anteil an den Treibhausgasemissionen insgesamt. Und das auch ohne Berücksichtigung von Verlagerungen der kohlenstoffintensiven Produktion in ärmere Länder, deren Erzeugnisse zum großen Teil in reiche Länder exportiert werden.

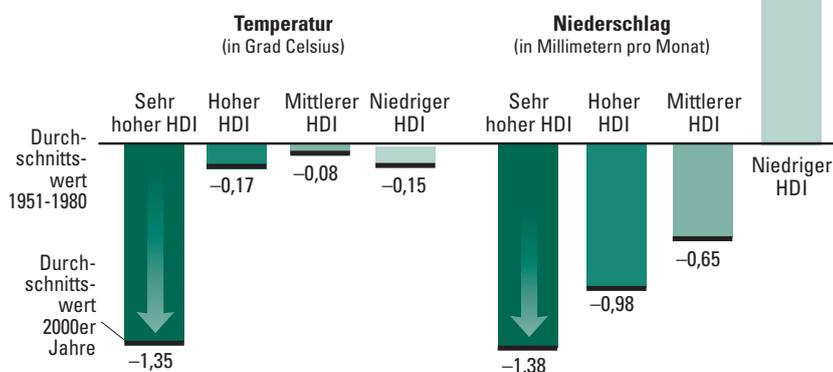
Weltweit wird der steigende HDI mit einer Verschlechterung der Umweltsituation in Zusammenhang gebracht – wenn gleich die Umweltzerstörung hauptsächlich auf das Wirtschaftswachstum zurückgeführt werden kann. Stellen wir das erste Bild dem dritten Bild in Grafik 4 gegenüber. Das erste Bild zeigt, dass Länder mit höherem Einkommen im Allgemeinen mehr CO₂-Emissionen pro Kopf verursachen. Doch das dritte Bild zeigt keinen Zusammenhang zwischen den

GRAFIK 3 Immer höhere Temperaturen und geringere Niederschläge

Höhe und Änderungen der Klimavariabilität nach HDI-Gruppen



Änderungen der Variabilität (in Prozentpunkten)



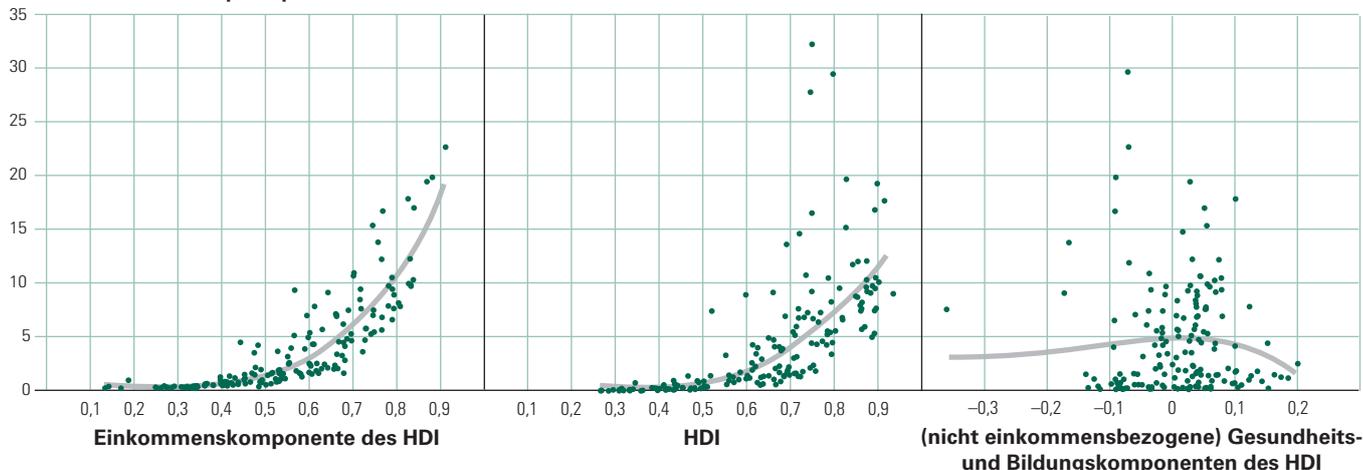
Hinweis: Bei den Änderungen der Variabilität handelt es sich um die Unterschiede in den Koeffizienten der Abweichung zwischen dem Zeitraum 1951-80 und den 2000er Jahren, gewichtet nach den durchschnittlichen Einwohnerzahlen 1950-2008.

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Daten der University of Delaware.

GRAFIK 4

Der Zusammenhang mit Kohlendioxidemissionen pro Kopf ist beim Einkommen positiv und stark, beim HDI positiv und bei Gesundheit und Bildung nicht existent

Kohlendioxidemissionen pro Kopf (Tonnen)



Hinweis: Die Daten betreffen das Jahr 2007.

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Daten der HDRO-Datenbank.

Emissionen und den HDI-Komponenten Gesundheit und Bildung. Zu diesem Ergebnis kommt man auch intuitiv: Die Aktivitäten, durch die Kohlendioxid in die Atmosphäre emittiert wird, hängen mit der Produktion von Gütern zusammen, nicht mit der Gesundheitsversorgung und der Bildung. Auch zeigen diese Ergebnisse, dass das Verhältnis zwischen den Kohlendioxidemissionen und den HDI-Komponenten nicht linear ist: Bei einem niedrigen HDI gibt es praktisch keinen Zusammenhang, doch mit steigendem HDI wird ein „Kipp-Punkt“ erreicht, ab dem eine starke positive Korrelation zwischen den Kohlendioxidemissionen und dem Einkommen zu beobachten ist.

In Ländern mit raschen Verbesserungen beim HDI sind auch die Kohlendioxidemissionen schneller gestiegen. Besser als die Momentaufnahme eines solchen Zusammenhangs machen die Veränderungen im Zeitablauf deutlich, womit wir als Ergebnis der heutigen Entwicklung in Zukunft rechnen müssen. Wieder sind Veränderungen beim Einkommen die treibende Kraft für diesen Trend.

Doch diese Zusammenhänge gelten nicht für alle Umweltindikatoren. In unserer Analyse stellen wir zum Beispiel nur eine schwache positive Korrelation zwischen dem HDI und der Entwaldung fest. Warum

unterscheiden sich die Kohlendioxidemissionen von anderen Gefahren für die Umwelt? Wir schlagen folgende Erklärung vor: Wenn, wie im Fall von Umweltverschmutzung, ein direkter Zusammenhang zwischen der Umwelt und der Lebensqualität besteht, leisten die entwickelten Länder im Umweltbereich mehr. Sind die Zusammenhänge aber diffuser, leisten sie sehr viel weniger. Betrachten wir das Verhältnis zwischen Umweltrisiken und dem HDI, stellen wir drei allgemeine Ergebnisse fest:

- Die umweltbezogenen Deprivationen auf Haushaltsebene – Luftverschmutzung in Innenräumen, unzureichender Zugang zu sauberem Wasser und verbesserter Sanitärversorgung – sind bei einem niedrigen HDI-Niveau schwerwiegender und nehmen mit steigendem HDI ab.
- Die Umweltrisiken mit Auswirkungen auf die Gemeinschaft – wie die Luftverschmutzung in den Städten – scheinen mit zunehmender Entwicklung zunächst zu steigen und dann wieder zu sinken. Der Zusammenhang wird bisweilen mit einer umgekehrten U-Kurve beschrieben.
- Die Umweltrisiken mit globalen Auswirkungen – insbesondere die Treibhausgasemissionen – nehmen mit steigendem HDI in der Regel zu.

TABELLE 1

Länder, die bei Umwelt, menschlicher Entwicklung und Gerechtigkeit vergleichsweise gut abschneiden, letztes verfügbares Jahr

Land	Globale Bedrohungen			Lokale Auswirkungen		Menschliche Entwicklung und Gerechtigkeit	
	Treibhausgasemissionen	Entwaldung	Wassernutzung	Zugang zu Wasser	Luftverschmutzung	HDI (in Prozent des regionalen Mittelwerts)	Gesamteinbußen (in Prozent des regionalen Mittelwerts)
Costa Rica	✓	✓	✓	✓	✓	104	77
Deutschland		✓	✓	✓	✓	103	91
Philippinen	✓	✓		✓	✓	103	89
Schweden		✓	✓	✓	✓	102	70

Hinweis: Diese Länder erfüllen alle die Kriterien der absoluten Schwellenwerte für globale Bedrohungen gemäß der Definition in Endnote 80, schneiden sowohl im Bereich der menschlichen Entwicklung als auch im Bereich der Ungleichheit besser ab als der Mittelwert der Länder in ihrer jeweiligen Region und sind auch bei den lokalen Auswirkungen besser gestellt als der regionale Mittelwert.

In Wirklichkeit ist es nicht der HDI selbst, der diese Transformationen antreibt. Einkommen und Wirtschaftswachstum spielen eine wichtige Rolle bei der Erklärung von Emissionen – aber der Zusammenhang ist nicht vorgegeben. Durch das komplexe Interagieren weitreichender Kräfte verändern sich die Risikomuster. Zum Beispiel können Länder dank des internationalen Handels die Produktion von umweltschädlichen Gütern auslagern. Die groß angelegte kommerzielle Ausbeutung natürlicher Ressourcen hat andere Auswirkungen als die Nutzung für Subsistenzzwecke und die Umweltprofile sind in Stadt und Land unterschiedlich. Wie wir sehen werden, spielen politische Konzepte und der politische Kontext eine große Rolle.

Daraus folgt, dass diese Muster nicht unvermeidlich sind. Mehrere Länder haben sowohl beim HDI als auch bei der Verteilungsgerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit signifikante Fortschritte erzielt. In Übereinstimmung mit unserer Fokussierung auf positive Synergien schlagen wir eine mehrdimensionale Strategie vor, um Länder zu identifizieren, die bei der Förderung der Verteilungsgerechtigkeit, bei der Erhöhung des HDI, bei der Verringerung der Luftverschmutzung in Innenräumen und beim verbesserten Zugang zu sauberem Wasser besser abgeschnitten haben als andere in derselben Region und die bei der ökologischen Nachhaltigkeit auf regionaler und globaler Ebene Spitzenleistungen erbringen (Tabelle 1). Die ökologische Nachhaltigkeit wird anhand der Treibhausgas-Emissionen,

der Wassernutzung und der Entwaldung beurteilt. Die Ergebnisse dienen aufgrund der lückenhaften Daten und anderer Probleme der Vergleichbarkeit jedoch eher nur zur Veranschaulichung, als dass sie konkrete Befunde darstellen würden. Nur ein Land, nämlich Costa Rica, schneidet bei allen Kriterien besser ab als der regionale Median, während sich in den drei anderen Ländern, die Spitzenleistungen erbringen, in den unterschiedlichen Dimensionen ein ungleichmäßiges Bild ergibt. Schweden sticht durch seine Wiederaufforstungsrate hervor, die im Vergleich zum regionalen und globalen Durchschnitt hoch ist.

Unsere Liste zeigt, dass die einzelnen Länder über Regionen, Entwicklungsstadien und strukturelle Charakteristika hinweg politische Handlungskonzepte einführen können, die ökologische Nachhaltigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und die im HDI erfassten zentralen Aspekte menschlicher Entwicklung fördern. Wir betrachten die erfolgreichen politischen Konzepte und Programme und unterstreichen dabei die Bedeutung der ortsspezifischen Bedingungen und Zusammenhänge.

Allgemeiner zeigen die Umwelttrends der jüngsten Jahrzehnte jedoch an mehreren Fronten eine Verschlechterung mit negativen Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung, insbesondere für die Millionen Menschen, deren Lebensunterhalt direkt von natürlichen Ressourcen abhängt.

- Weltweit sind 40 Prozent der Landfläche durch Bodenerosion, verringerte Fruchtbarkeit und Überweidung degradiert.

Die Produktivität des Bodens nimmt ab. In den schlimmsten Szenarien betragen die geschätzten Ertragseinbußen 50 Prozent.

- 70 bis 85 Prozent des Wassers wird durch die Landwirtschaft genutzt. Bei geschätzten 20 Prozent der globalen Getreideproduktion wird das Wasser nicht auf nachhaltige Weise genutzt. Dadurch gerät das zukünftige Wachstum des Agrarsektors in Gefahr.
- Die Entwaldung ist eine große Herausforderung. Zwischen 1990 und 2010 sind die größten Waldflächen in Lateinamerika, der Karibik und den afrikanischen Ländern südlich der Sahara verloren gegangen, gefolgt von den arabischen Staaten (Grafik 5). In den anderen Regionen haben die Waldflächen wieder leicht zugenommen.
- Die Desertifikation bedroht die Trockengebiete, in denen ungefähr ein Drittel der Weltbevölkerung lebt. Einige Gegenden sind besonders gefährdet, insbesondere die afrikanischen Länder südlich der Sahara, in denen die Trockengebiete sehr empfindlich und die Anpassungskapazitäten gering sind.

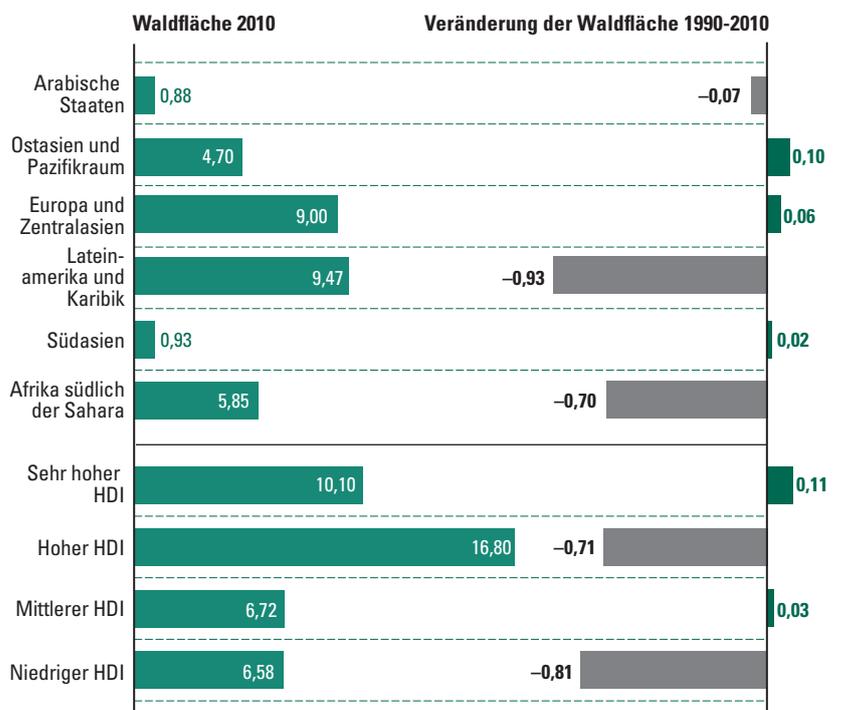
Es wird damit gerechnet, dass in den kommenden Jahrzehnten negative Umweltfaktoren die Nahrungsmittelpreise weltweit real um 30 bis 50 Prozent in die Höhe treiben werden und dass die Preis-Volatilität zunehmen wird – mit gravierenden Auswirkungen auf arme Haushalte. Mit den größten Risiken sind die 1,3 Milliarden Menschen konfrontiert, die Landwirtschaft, Fischerei oder Forstwirtschaft betreiben oder Jäger und Sammler sind. Die Belastungen durch die Umweltzerstörung und den Klimawandel werden unter den verschiedenen Gruppen wahrscheinlich die Ungleichheit verschärfen – aus mehreren Gründen:

- Das Einkommen vieler armer Menschen auf dem Lande hängt in überwiegender Maße von den natürlichen Ressourcen ab. Selbst Menschen, die solchen Aktivitäten normalerweise nicht nachgehen, tun dies unter Umständen als Bewältigungsstrategie in Zeiten der Not.

- Wie sich die Verschlechterung der Umweltsituation auf die Menschen auswirkt, hängt davon ab, ob sie Netto-Produzenten oder Netto-Konsumenten natürlicher Ressourcen sind, ob sie für den eigenen Bedarf produzieren oder für den Markt und wie leicht sie zwischen diesen Aktivitäten wechseln und ihren Lebensunterhalt durch andere Beschäftigungen diversifizieren können.
- Heute leben rund 350 Millionen Menschen, darunter viele Arme, in oder in der Nähe von Wäldern. Sie sind zur Deckung ihres Lebensunterhalts und zur Erzielung eines Einkommens auf diese Wälder angewiesen. Sowohl die Entwaldung als auch Beschränkungen des Zugangs zu natürlichen Ressourcen können die Armen hart treffen. Es gibt Belege aus einer Reihe von Ländern, die darauf hindeuten, dass Frauen auf die Wälder in der Regel stärker angewiesen sind als Männer, denn Frauen haben tendenziell weniger berufliche

GRAFIK 5
In manchen Regionen wird abgeholzt, in anderen aufgeforstet und wiederaufgeforstet

Waldanteile und Veränderungsrate nach Regionen, 1990-2010 (in Millionen Quadratkilometern)



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Daten aus World Bank (2011b).

In dem Maße, in dem Frauen in armen Ländern überproportional in der Subsistenzwirtschaft und mit Wasserholen beschäftigt sind, sind sie auch stärker mit den negativen Folgen der Umweltzerstörung konfrontiert

Möglichkeiten, sind weniger mobil und tragen den größten Teil der Verantwortung für das Sammeln von Brennholz.

- Rund 45 Millionen Menschen – davon mindestens sechs Millionen Frauen – bestreiten ihren Lebensunterhalt durch die Fischerei und sind durch die Überfischung und den Klimawandel bedroht. Sie sind doppelt anfällig: Die Länder, die dem größten Risiko ausgesetzt sind, sind im Hinblick auf ihre Proteinversorgung, ihren Lebensunterhalt und ihre Exporte auch am stärksten von Fisch abhängig. Es wird damit gerechnet, dass der Klimawandel zu einem deutlichen Rückgang der Fischbestände um die pazifischen Inseln führen wird, während für einige nördliche Breitengrade Vorteile vorausgesagt werden, so zum Beispiel um Alaska, Grönland, Norwegen und die Russische Föderation.

In dem Maße, in dem Frauen in armen Ländern überproportional in der Subsistenzwirtschaft und mit Wasserholen beschäftigt sind, sind sie auch stärker mit den negativen Folgen der Umweltzerstörung konfrontiert. Viele Angehörige indigener Bevölkerungsgruppen sind ebenfalls stark auf natürliche Ressourcen angewiesen und leben in Ökosystemen wie in kleinen Inselentwicklungsländern, arktischen Regionen und hoch gelegenen Bergregionen, die für die Auswirkungen des Klimawandels besonders anfällig sind. Es gibt Belege dafür, dass sich durch traditionelle Praktiken natürliche Ressourcen schützen lassen, doch solches Wissen wird oft übersehen oder heruntergespielt.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensgrundlage der Bauern hängen davon ab, was in welcher Region und in welcher Saison angebaut wird. Dies unterstreicht die Bedeutung tiefergehender Analysen auf lokaler Ebene. Die Auswirkungen werden sich auch je nach Abhängigkeit von den Produktions- und Konsummustern der Haushalte, dem Zugang zu Ressourcen, dem Armutsniveau und den möglichen Bewältigungsstrategien unterscheiden. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden jedoch die biophysikalischen Netto-Auswirkungen des Klimawandels auf

den Bewässerungsanbau und den Regenfeldbau bis 2050 insgesamt negativ sein.

Die Zusammenhänge verstehen

Mit Bezug auf die wichtigen Schnittpunkte zwischen Umwelt und Verteilungsgerechtigkeit auf globaler Ebene untersuchen wir nun die Zusammenhänge auf Gemeinschafts- und Haushaltsebene. Wir werfen ein Schlaglicht auf Länder und Gruppen, die das Muster durchbrochen haben, und betonen dabei strukturelle Veränderungen der Geschlechterrollen sowie stärkere Teilhabe.

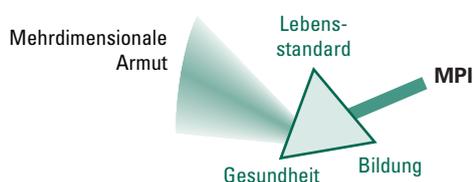
Ein zentrales Thema: Die am stärksten benachteiligten Menschen tragen eine doppelte Last an Deprivationen. Sie sind anfälliger für die allgemeineren Auswirkungen einer Verschlechterung der Umweltsituation und müssen zudem mit Bedrohungen ihrer direkten Umwelt durch Luftverschmutzung in Innenräumen, schmutziges Wasser und eine schlechte Sanitärversorgung umgehen. Unser Index der mehrdimensionalen Armut (MPI), der im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2010 eingeführt und dieses Jahr für 109 Länder geschätzt wurde, wirft einen genaueren Blick auf diese Deprivationen, um zu sehen, wo sie am akutesten sind.

Der MPI misst schwerwiegende Defizite in den Dimensionen Gesundheit, Bildung und Lebensstandard. Er betrachtet sowohl die Anzahl der Menschen, die unter Deprivationen leiden als auch die Intensität dieser Deprivationen (Grafik 6). In diesem Jahr untersuchen wir, wie verbreitet umweltbezogene Deprivationen unter den von mehrdimensionaler Armut Betroffenen sind und wie sie sich auf Haushaltsebene überlappen – eine Innovation im MPI.

Der auf Armut fokussierte Blick erlaubt uns eine Untersuchung der umweltbezogenen Deprivationen: Zugang zu modernen Kochbrennstoffen, zu sauberem Wasser und zu einer grundlegenden Sanitärversorgung. Diese absoluten Deprivationen, die an sich schon gravierend sind, stellen zudem wesentliche Menschenrechtsverletzungen dar. Beendet man diese Deprivationen, könnte dies die Verwirklichungschancen auf einer höheren

GRAFIK 6

Der Index der mehrdimensionalen Armut – Fokussierung auf die am stärksten von Deprivation Betroffenen



Ebene verbessern und so die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitern und die menschliche Entwicklung voranbringen.

In Entwicklungsländern sind mindestens sechs von zehn Menschen von einer Form umweltbezogener Deprivation betroffen und vier von zehn leiden unter zwei oder mehr umweltbezogenen Deprivationen. Diese Deprivationen sind bei von mehrdimensionaler Armut Betroffenen besonders akut: Mehr als 90 Prozent dieser Armen leiden unter mindestens einer davon. Bei den meisten überlappen sich die Deprivationen: 80 Prozent leiden unter zwei oder mehr umweltbezogenen Deprivationen, und 29 Prozent sind in allen drei Dimensionen von Deprivationen betroffen. Diese umweltbezogenen Deprivationen tragen überproportional zur mehrdimensionalen Armut bei. Sie machen 20 Prozent des MPI aus – mehr als ihr Gewicht von 17 Prozent im Index. In den meisten Entwicklungsländern sind die Deprivationen beim Zugang zu Kochbrennstoffen am größten. In vielen arabischen Staaten ist auch der Zugang zu Wasser ein herausragendes Problem.

Um die umweltbezogenen Deprivationen besser zu verstehen, haben wir die Muster für gewisse Armutsniveaus analysiert. Die Länder wurden entsprechend ihren Anteilen an von mehrdimensionaler Armut Betroffenen, die mit einer bzw. allen drei Formen umweltbezogener Deprivation konfrontiert sind, in eine Rangfolge gebracht. Der Anteil der Bevölkerung, der unter umweltbezogenen Deprivationen leidet, nimmt mit steigendem MPI zu, allerdings mit starken Abweichungen um diesen Trend. Tabelle 2 identifiziert die 10 Länder, deren in mehreren Dimensionen

Arme unter den geringsten umweltbezogenen Entbehrungen leiden, nach Überprüfung des statistischen Einflusses des MPI (linke Spalte). Die Länder mit dem geringsten Anteil an Armen, die unter mindestens einer Deprivation zu leiden haben, gehören hauptsächlich zu den arabischen Staaten oder liegen in Lateinamerika oder der Karibik (sieben der führenden zehn).

Von den Ländern mit den wenigsten in mehreren Dimensionen Armen, die unter allen drei umweltbezogenen Deprivationen zu leiden haben, sind die mit den besseren Leistungen in Südasien konzentriert – fünf der führenden zehn (siehe Tabelle 2, rechte Spalte). Mehrere südasiatische Länder haben einige der umweltbezogenen Deprivationen verringert. Sie haben insbesondere den Zugang zu Trinkwasser verbessert, leiden aber weiterhin unter schlimmen Deprivationen in anderen Bereichen. Fünf Länder finden sich in beiden Listen der führenden zehn Länder. In diesen Ländern ist die umweltbezogene Armut nicht nur relativ gering, sie ist auch weniger gravierend.

Anhand des Abschneidens im Hinblick auf diese Indikatoren lassen sich die Umwelt Risiken und die Verschlechterung des Zustands der Umwelt nicht notwendigerweise umfassender bestimmen, zum Beispiel inwieweit die Menschen Überflutungen ausgesetzt sind.

TABELLE 2

Zehn Länder mit dem niedrigsten Anteil von Formen umweltbezogener Deprivation bei den von mehrdimensionaler Armut Betroffenen, letztes verfügbares Jahr im Zeitraum von 2000 bis 2010

Niedrigster Anteil der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen mit mindestens einer Form umweltbezogener Deprivation	Niedrigster Anteil der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen mit allen drei Formen umweltbezogener Deprivation
Brasilien	Bangladesch
Guyana	Pakistan
Dschibuti	Gambia
Jemen	Nepal
Irak	Indien
Marokko	Bhutan
Pakistan	Dschibuti
Senegal	Brasilien
Kolumbien	Marokko
Angola	Guyana

Hinweis: Fett gedruckte Länder sind auf beiden Listen vertreten.

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf der Grundlage von Daten in der Statistischen Tabelle 5.

Umweltzerstörung und Klimawandel beeinträchtigen die physische und soziale Umwelt, das Wissen, Vermögen und Verhalten. Die verschiedenen Dimensionen von Benachteiligung können zusammenwirken und negative Auswirkungen verschlimmern

Gleichzeitig sind die Armen, die den direkten Umweltgefahren stärker ausgesetzt sind, auch Umweltschäden insgesamt stärker ausgesetzt.

Wir untersuchen dieses Muster weiter und betrachten das Verhältnis zwischen dem MPI und den Belastungen durch den Klimawandel. Für 130 auf nationaler Ebene festgelegte Verwaltungsregionen in 15 Ländern vergleichen wir gebietsspezifische MPI-Werte mit Veränderungen der Niederschlagsmenge und der Temperaturen. Insgesamt scheinen die ärmsten Regionen und Orte in diesen Ländern heißer geworden zu sein, aber nicht sehr viel regnerischer oder trockener. Diese Veränderungen stehen in Einklang mit Ergebnissen bezüglich der Auswirkungen des Klimawandels auf die Einkommensarmut.

Umweltbedingte Bedrohungen für ausgewählte Aspekte menschlicher Entwicklung

Die Verschlechterung des Zustands der Umwelt beeinträchtigt die Verwirklichungschancen der Menschen auf verschiedene Weise. Diese Beeinträchtigungen gehen über das Einkommen und den Lebensunterhalt hinaus. Sie beinhalten Auswirkungen auf die Gesundheit, die Bildung und andere Dimensionen des menschlichen Wohlergehens.

Schlechte Umwelt- und Gesundheitssituation – sich überlappende Deprivationen

Die Krankheitslast durch Luftverschmutzung in Innenräumen und draußen, schmutziges Wasser und eine schlechte Sanitärversorgung ist bei den Menschen in armen Ländern am größten, insbesondere bei Gruppen, die unter Deprivationen leiden. Durch Luftverschmutzung in Innenräumen sterben in Ländern mit niedrigem HDI 11-mal mehr Menschen als anderswo. Benachteiligte Gruppen in Ländern mit niedrigem, mittlerem und hohem HDI sind mit größeren Risiken durch Außenluftverschmutzung konfrontiert, denn sie sind dieser Luftverschmutzung sowohl stärker ausgesetzt als auch anfälliger dafür. In Ländern mit niedrigem HDI haben mehr als 60 Prozent der Menschen keinen leichten Zugang zu besseren Wasserquellen und fast 40 Prozent leben ohne

sanitäre Einrichtungen. Dies trägt sowohl zu Krankheiten als auch zur Unterernährung bei. Der Klimawandel droht diese Disparitäten zu verschärfen, denn tropische Krankheiten wie Malaria und Denguefieber breiten sich aus und die Ernteerträge sinken.

Die Datenbank der Weltgesundheitsorganisation zur globalen Krankheitslast liefert einige überraschende Ergebnisse hinsichtlich der negativen Auswirkungen von Umweltfaktoren. Dazu gehört, dass unsauberes Wasser und eine unzureichende Sanitärversorgung und Hygiene zu den zehn wichtigsten Krankheitsursachen weltweit gehören. Jedes Jahr sterben durch umweltbedingte Krankheiten, einschließlich akuter Atemwegs- und Durchfallerkrankungen, mindestens drei Millionen Kinder unter fünf Jahren – mehr als die gesamte Zahl der Kinder unter fünf Jahren in Österreich, Belgien, den Niederlanden, Portugal und der Schweiz zusammengenommen.

Umweltzerstörung und Klimawandel beeinträchtigen die physische und soziale Umwelt, das Wissen, Vermögen und Verhalten. Die verschiedenen Dimensionen von Benachteiligung können zusammenwirken und negative Auswirkungen verschlimmern. Zum Beispiel ist die Intensität von Gesundheitsrisiken dort am größten, wo die Wasser- und Sanitärversorgung unzureichend ist. Dies sind Deprivationen, die oft gleichzeitig auftreten. Von den zehn Ländern mit der höchsten Sterblichkeit infolge von Umweltkatastrophen befinden sich sechs Länder auch beim MPI unter den führenden zehn – darunter Niger, Mali und Angola (Grafik 7).

Beeinträchtigungen der Bildungsschritte benachteiligter Kinder, insbesondere Mädchen

Zwar sind in vielen Teilen der Welt fast alle Kinder in einer Grundschule eingeschult, doch es bestehen immer noch Lücken. In Ländern mit niedrigem HDI besuchen fast drei von zehn Kindern im Primarschulalter nicht einmal eine Grundschule, und auch für die Kinder, die eingeschult sind, gibt es eine Reihe von Einschränkungen, von denen einige umweltbedingt sind. Zum Beispiel

hat eine fehlende Stromversorgung sowohl direkte als auch indirekte Folgen. Der Zugang zu Elektrizität kann eine bessere Beleuchtung ermöglichen und damit die Zeit fürs Lernen verlängern. Durch den Zugang zu modernen Kochherden verringert sich der Zeitaufwand für das Sammeln von Feuerholz und das Wasserholen – Aktivitäten, die nachweislich die Fortschritte bei der Bildung verlangsamen und die Einschulungsquoten drücken. Mädchen sind davon stärker betroffen, denn bei ihnen ist es wahrscheinlicher, dass sie das Sammeln von Rohstoffen mit dem Schulbesuch vereinbaren müssen. Der Zugang zu sauberem Wasser und einer verbesserten Sanitärversorgung ist insbesondere auch für die Bildung der Mädchen von Bedeutung, denn er verschafft ihnen gesundheitliche Vorteile, erspart ihnen Zeit und erlaubt ihnen mehr Privatsphäre.

Andere negative Auswirkungen

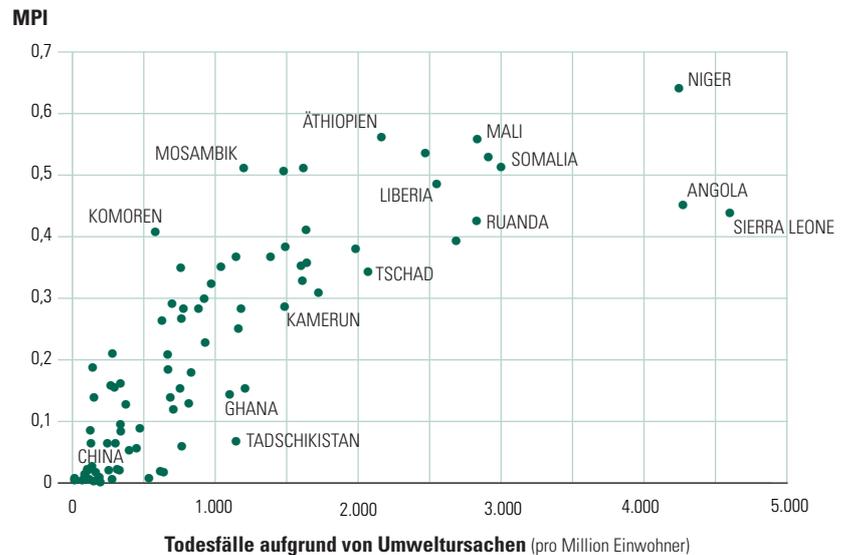
Die umweltbezogenen Deprivationen der Haushalte können gemeinsam mit weitergehenden Umweltbelastungen auftreten. Sie schränken dann die Wahlmöglichkeiten der Menschen in vielerlei Hinsicht ein und machen es für sie schwieriger, ihren Lebensunterhalt mit natürlichen Ressourcen zu bestreiten. Die Menschen müssen mehr arbeiten, um die gleichen Erträge zu erzielen, oder sie müssen sogar migrieren, um ihrer verschlechterten Umwelt zu entfliehen.

Bestreitet man seinen Lebensunterhalt in Abhängigkeit von Ressourcen, so kostet das viel Zeit. Das gilt besonders dann, wenn Haushalte keine modernen Kochbrennstoffe und wenig oder kein sauberes Wasser haben. Umfragen darüber, wie die Menschen ihre Zeit nutzen, bieten Einblicke in die damit verbundenen geschlechtsspezifischen Ungleichheiten. Frauen verbringen in der Regel viel mehr Stunden mit der Beschaffung von Holz und Wasser als Männer – Mädchen mehr als Jungen. Es wurde auch gezeigt, dass die Tatsache, dass Frauen mit diesen Aktivitäten so sehr beschäftigt sind, sie davon abhält, ertragreiche Aktivitäten nachzugehen.

Wie im *Bericht über die menschliche Entwicklung 2009* argumentiert wurde, ist

GRAFIK 7

Todesfälle aufgrund von Umweltrisiken stehen in einem Zusammenhang mit hohen MPI-Werten



Hinweis: Ohne Länder mit sehr hohem HDI. Die Erhebungsjahre variieren zwischen Ländern; nähere Informationen hierzu enthält die Statistische Tabelle 5.

Quelle: Berechnungen auf der Grundlage von Daten aus der Statistischen Tabelle 5 und aus Prüss-Üstün et al. 2008.

die Mobilität – die den Menschen erlaubt, ihren Wohnort zu wählen – wichtig für die Erweiterung der Freiheiten der Menschen und die Erreichung besserer Ergebnisse. Doch aufgrund rechtlicher Beschränkungen ist Migration riskant. Es ist schwierig zu schätzen, wie viele Menschen migrieren, um Umweltbelastungen zu entkommen, denn es gibt auch andere Einflussfaktoren, insbesondere die Armut. Gleichwohl liegen einige der Schätzungen sehr hoch.

Die Umwelterstörung wird auch mit einer erhöhten Konfliktwahrscheinlichkeit verbunden. Der Zusammenhang besteht jedoch nicht direkt, sondern ist von der allgemeineren wirtschaftspolitischen Lage und von kontextuellen Faktoren beeinflusst, die Einzelpersonen, Gemeinschaften und die Gesellschaft für die Auswirkungen von Umweltschäden anfällig machen.

Ungleichheit verschärfende Auswirkungen extremer Wetterereignisse

Eine Verschlechterung der Umweltsituation kann außer schädlichen chronischen Gefährdungen auch die Wahrscheinlichkeit akuter Bedrohungen erhöhen und Auswirkungen

Eine zehnpromzentige Zunahme der Anzahl der von einem extremen Wetterereignis betroffenen Menschen verringert den HDI eines Landes um fast zwei Prozent. In Ländern mit mittlerem HDI sind die Auswirkungen auf das Einkommen größer

haben, die die Ungleichheit verschärfen. Unsere Analyse lässt darauf schließen, dass eine zehnpromzentige Zunahme der Anzahl der von einem extremen Wetterereignis betroffenen Menschen den HDI eines Landes um fast zwei Prozent verringert. In Ländern mit mittlerem HDI sind die Auswirkungen auf das Einkommen größer.

Die Last wird nicht von allen gleichermaßen getragen: Das Risiko, durch Überschwemmungen, starke Winde oder Erdbeben verletzt oder getötet zu werden, ist bei Kindern, Frauen und Älteren größer, insbesondere unter den Armen. Die überraschenden geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Naturkatastrophen legen nahe, dass durch Ungleichheiten in Bezug auf die Exposition – so wie auch in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen, auf Verwirklichungschancen und Möglichkeiten – einige Frauen systematisch benachteiligt und dadurch anfälliger werden.

Kinder leiden überproportional unter Wetterereignissen, denn die langfristigen Auswirkungen von Unterernährung und versäumtem Schulbesuch beschränken ihre Zukunftsaussichten. Erfahrungen aus vielen Entwicklungsländern zeigen, wie vorübergehende Einkommenseinbrüche dazu führen können, dass Haushalte ihre Kinder aus der Schule nehmen. Allgemeiner gesagt gibt es mehrere Faktoren, die bestimmen, inwieweit Haushalte negativen Ereignissen ausgesetzt sind und wie sie damit umgehen können. Dazu gehören die Art des Ereignisses, die sozioökonomische Stellung des Haushalts, das Sozialkapital und die informelle Unterstützung sowie die Verteilungsgerechtigkeit und die Effektivität der Nothilfe und der Wiederaufbaumühnungen.

Mehr Teilhabe – reproduktive Wahlmöglichkeiten und politische Ungleichgewichte

Veränderte Geschlechterrollen und mehr Teilhabe haben einige Länder und Gruppen in die Lage versetzt, Verbesserungen bei der ökologischen Nachhaltigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit zu erzielen und damit auch die menschliche Entwicklung voranzubringen.

Geschlechtergerechtigkeit

Unser in diesem Bericht für 145 Länder auf den neuesten Stand gebrachter Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (GII) zeigt, dass Einschränkungen im Bereich reproduktive Gesundheit zu Ungleichheit zwischen den Geschlechtern beitragen. Das ist deshalb von Bedeutung, weil in Ländern, in denen wirksame Kontrollmöglichkeiten der Reproduktion allen zur Verfügung stehen, die Frauen weniger Kinder haben – was Fortschritte in den Bereichen Mütter- und Kindergesundheit mit sich bringt und weniger Treibhausgas-Emissionen bedeutet. Zum Beispiel liegen in Kuba, Mauritius, Thailand und Tunesien, wo eine reproduktive Gesundheitsversorgung und Verhütungsmittel leicht verfügbar sind, die Geburtenziffern unter zwei pro Frau. Doch weltweit gibt es einen substanziellen ungedeckten Bedarf und es gibt Hinweise darauf, dass, wenn alle Frauen ihre reproduktiven Wahlmöglichkeiten nutzen könnten, das Bevölkerungswachstum ausreichend zurückgehen würde, um die Treibhausgasemissionen unter das gegenwärtige Niveau zu senken. Deckt man den ungedeckten Bedarf an Familienplanung bis 2050, würde dies die globalen Kohlendioxidemissionen ausgehend vom heutigen Niveau um geschätzte 17 Prozent verringern.

Der GII legt auch einen Schwerpunkt auf die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen. Er macht deutlich, dass überall auf der Welt die Frauen hinter den Männern zurückfallen, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, Südasien und den arabischen Staaten. Das hat wichtige Implikationen für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Da Frauen bei der Beschaffung von Ressourcen oft die schwerste Last tragen und der Luftverschmutzung in Innenräumen am stärksten ausgesetzt sind, sind sie von Entscheidungen in Bezug auf natürliche Ressourcen oft stärker betroffen als Männer. Aktuelle Studien zeigen, dass nicht nur die Beteiligung der Frauen an sich wichtig ist, sondern auch, auf welche Art und Weise sie beteiligt sind – und auch in welchem Umfang. Und da Frauen die Umwelt oft mehr am Herzen liegt, sie umweltpolitische Handlungskonzepte unterstützen und

für Führungspersönlichkeiten stimmen, die sich für die Umwelt einsetzen, könnte ihre größere Beteiligung an der Politik und in Nichtregierungsorganisationen umweltpolitische Vorteile haben und Multiplikatoreffekte für das gesamte Spektrum der Millenniums-Entwicklungsziele erzielen.

Diese Argumente sind nicht neu, doch sie bestätigen erneut, welchen Wert es hat, die effektiven Freiheiten der Frauen zu erweitern. Die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen hat sowohl einen Wert an sich als auch instrumentelle Relevanz im Umgang mit Problemen der Verteilungsgerechtigkeit und der Verschlechterung der Umweltsituation.

Machtdisparitäten

Wie im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2010 argumentiert wurde, hat eine stärkere Teilhabe viele Aspekte, dazu gehören eine formelle, verfahrenstechnische Demokratie auf nationaler Ebene und partizipative Prozesse auf lokaler Ebene. Es wurde gezeigt, dass mehr politische Teilhabe auf nationaler und regionaler Ebene die ökologische Nachhaltigkeit verbessert. Zwar ist auch der Kontext von Bedeutung, doch Studien zeigen, dass Demokratien den Wählern gegenüber in der Regel rechenschaftspflichtiger sind und dass sie mit größerer Wahrscheinlichkeit bürgerliche Freiheiten unterstützen. Überall besteht jedoch eine zentrale Herausforderung darin, dass selbst in demokratischen Systemen die Menschen, die von einer Verschlechterung der Umweltsituation am stärksten negativ betroffen sind, oft diejenigen sind, denen es am schlechtesten geht und die die wenigste Macht haben. Die in politischen Handlungskonzepten gesetzten Prioritäten spiegeln ihre Interessen und Bedürfnisse nicht wider.

Es gibt immer mehr Belege dafür, dass eine ungleiche Machtverteilung, die durch politische Institutionen herbeigeführt wird, in einer Reihe von Ländern und in einer Reihe von Zusammenhängen den Zustand der Umwelt beeinflusst. Das bedeutet, dass die Armen und andere benachteiligte Gruppen unter den Folgen von Umweltschäden überproportional leiden. Neue, etwa 100 Länder erfassende Analysen für diesen Bericht bestätigen, dass

mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Macht (grob definiert) in positivem Verhältnis zu einem besseren Zustand der Umwelt steht, einschließlich eines besseren Zugangs zu Wasser, weniger Umweltzerstörung und weniger Todesfällen aufgrund von Raum- und Außenluftverschmutzung und aufgrund von schmutzigem Wasser. Das deutet darauf hin, dass es erheblichen Spielraum für positive Synergien gibt.

Positive Synergien – Erfolgsstrategien für die Umwelt, für Gerechtigkeit und menschliche Entwicklung

Eine Reihe von Regierungen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren und Partnern aus der Entwicklungszusammenarbeit haben angesichts der hier ausgeführten Herausforderungen Win-win-win-Strategien entwickelt – Ansätze, die ökologische Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verbinden und die menschliche Entwicklung fördern. Wirksame Lösungen müssen kontextspezifisch sein. Trotzdem ist es wichtig, lokale und nationale Erfahrungen zu berücksichtigen, die Potenzial haben, und Prinzipien anzuerkennen, die kontextübergreifend gelten. Auf lokaler Ebene betonen wir die Notwendigkeit, Institutionen zu haben, die verschiedene Interessengruppen einbeziehen, und auf nationaler Ebene betonen wir den Spielraum, der besteht, um politische Reformen und erfolgreiche Innovationen auszuweiten.

Die politische Agenda ist enorm umfangreich. Dieser Bericht kann ihr nicht ausreichend gerecht werden. Doch der Zusatznutzen liegt darin, Win-win-win-Strategien zu identifizieren, die Erfolge im Umgang mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gezeigt haben, indem sie Zielkonflikte managen oder sogar umgehen – durch Ansätze, die nicht nur der Umwelt nützen, sondern darüber hinaus der Gerechtigkeit und der menschlichen Entwicklung. Um zu Diskussionen und zum Handeln anzuregen, bieten wir konkrete Beispiele dafür, wie die Strategie zur Überwindung potenzieller

Energie ist für die menschliche Entwicklung von zentraler Bedeutung, doch etwa 1,5 Milliarden Menschen weltweit – mehr als jeder Fünfte – haben keinen Strom

Zielkonflikte und zur Identifizierung positiver Synergien in der Praxis bereits funktioniert hat. Hier zeigen wir dies am Beispiel einer modernen Energieversorgung.

Zugang zu moderner Energie

Energie ist für die menschliche Entwicklung von zentraler Bedeutung, doch etwa 1,5 Milliarden Menschen weltweit – mehr als jeder Fünfte – haben keinen Strom. Unter den von mehrdimensionaler Armut Betroffenen sind die Deprivationen viel größer – jeder dritte hat keinen Zugang zu Elektrizität.

Gibt es einen Zielkonflikt zwischen einer Ausweitung der Energieversorgung und den Kohlendioxidemissionen? Nicht unbedingt. Wir argumentieren, dass dieses Verhältnis falsch beschrieben wird. Es gibt viele vielversprechende Möglichkeiten, wie sich der Zugang ohne schwere Beeinträchtigungen der Umwelt ausweiten lässt:

- Eine Stromversorgung armer Haushalte ist mit netzunabhängigen, dezentralen Lösungen technisch machbar. Sie ist finanzierbar und kann mit minimalen Auswirkungen auf das Klima erfolgen.
- Die Bereitstellung einer modernen Grundversorgung mit Energie für alle würde unter Berücksichtigung der bereits abgegebenen allgemeinen politischen Zusagen die Kohlendioxidemissionen nur um schätzungsweise 0,8 Prozent erhöhen.

Die globale Energieversorgung erreichte 2010 einen Wendepunkt. Die erneuerbaren Energien machten nun 25 Prozent der globalen Stromkapazitäten aus und lieferten weltweit mehr als 18 Prozent des gesamten Stroms. Die Herausforderung besteht darin, den Zugang dazu so stark und so rasch auszuweiten, dass sich dadurch das Leben armer Frauen und Männer heute und in Zukunft verbessert.

Umweltschäden abwenden

Die große Auswahl an Maßnahmen zur Abwendung von Umweltschäden reicht von einer Ausweitung der reproduktiven Wahlmöglichkeiten bis hin zur Förderung eines gemeinschaftlichen Waldmanagements und einer adaptiven Katastrophenhilfe.

Reproduktive Rechte, einschließlich des Zugangs zu Diensten im Bereich reproduktive Gesundheit, sind eine Voraussetzung für die Stärkung der Rolle von Frauen und könnten eine Verschlechterung der Umweltsituation abwenden. Es sind bedeutende Verbesserungen möglich. Viele Beispiele zeugen von den Chancen einer Nutzung der bestehenden medizinischen Infrastruktur, um Dienstleistungen im Bereich reproduktive Gesundheit zu geringen zusätzlichen Kosten bereitzustellen, und davon, wie wichtig es ist, die Bevölkerung vor Ort einzubeziehen. Betrachten wir Bangladesch, wo die Fruchtbarkeitsziffer von 6,6 Geburten pro Frau 1975 auf 2,4 im Jahr 2009 gesunken ist. Die Regierung nutzte Öffentlichkeitsarbeit und Subventionen, um Verhütungsmittel leichter verfügbar zu machen, und nahm durch Diskussionen mit Meinungsführern beider Geschlechter, darunter religiösen Führungspersonen, Lehrkräften und Nichtregierungsorganisationen, Einfluss auf die gesellschaftlichen Normen.

Durch eine gemeinschaftliche Waldbewirtschaftung könnten sich Umweltschäden auf lokaler Ebene wiedergutmachen und die Kohlendioxidemissionen verringern lassen. Doch die Erfahrungen zeigen, dass man damit auch Gefahr läuft, ohnehin schon marginalisierte Gruppen auszuschließen und zu benachteiligen. Um diese Risiken zu vermeiden, betonen wir die Bedeutung einer breiten Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung der Waldbewirtschaftung, insbesondere die Bedeutung der Beteiligung von Frauen. Und wir betonen, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass arme Gruppen und diejenigen, die von den Ressourcen des Waldes leben, nicht schlechter gestellt werden.

Es ergeben sich auch vielversprechende Möglichkeiten, durch verteilungsgerechte und adaptive Katastrophenhilfe und innovative Systeme zur sozialen Absicherung die negativen Folgen von Katastrophen zu mindern. Zur Katastrophenhilfe gehört eine Kartierung von Risiken durch die Gemeinschaft und eine progressivere Verteilung des wieder aufgebauten Sachvermögens. Die Erfahrungen haben eine Verschiebung hin zu

dezentralen Modellen der Risikominderung in Gang gesetzt. Solche Anstrengungen können lokale Gemeinschaften, insbesondere Frauen, stärken, indem dabei die Beteiligung an der Entwicklung und an Entscheidungsprozessen betont wird. Gemeinschaften können den Wiederaufbau so gestalten, dass bestehende Ungleichheiten beseitigt werden.

Unser Entwicklungsmodell überdenken: Hebelwirkungen für Veränderungen

Die großen Disparitäten zwischen einzelnen Menschen, Gruppen und Ländern, die zu den großen und zunehmenden Gefährdungen der Umwelt noch hinzukommen, stellen massive politische Herausforderungen dar. Doch es gibt Grund für Optimismus. In vieler Hinsicht sind die Bedingungen für Fortschritte heute besser als je zuvor, denn es gibt in einigen Teilen der Welt innovative politische Handlungskonzepte und Initiativen. Um die Debatte weiter voranzubringen, bedarf es eines kühnen Denkens, insbesondere kurz vor der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) und einer Ära nach 2015. Dieser Bericht schlägt für die Förderung menschlicher Entwicklung eine neue Vision vor, die Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gemeinsam in den Blick nimmt. Auf lokaler und nationaler Ebene betonen wir die Notwendigkeit, bei der Entwicklung politischer Handlungskonzepte und Programme die Gerechtigkeit in den Vordergrund zu rücken und die potenziellen Multiplikatorwirkungen von mehr Teilhabe im rechtlichen und politischen Bereich zu nutzen. Auf globaler Ebene betonen wir die Notwendigkeit, auf die dringlichsten Umweltprobleme mehr Ressourcen zu verwenden und die Gerechtigkeit sowie die Vertretung benachteiligter Gruppen und Länder beim Zugang zu finanziellen Mitteln stark voranzubringen.

Integration von Gerechtigkeitsanliegen in grüne wirtschaftspolitische Konzepte

Ein zentrales Thema dieses Berichts ist die Notwendigkeit, Fragen der Verteilungsgerechtigkeit in politische Handlungskonzepte

zu integrieren, die Auswirkungen auf die Umwelt haben. Die traditionellen Methoden zur Bewertung umweltpolitischer Handlungskonzepte greifen zu kurz. Zum Beispiel zeigen sie vielleicht die Auswirkungen zukünftiger Emissionen, doch über Verteilungsfragen machen sie oft keine Aussagen. Selbst wenn die Auswirkungen auf verschiedene Gruppen berücksichtigt werden, beschränkt sich die Aufmerksamkeit in der Regel auf das Einkommen der Menschen. Die Bedeutung der Verteilungsgerechtigkeit und der Einbeziehung verschiedener Interessengruppen ist in den Zielen grüner wirtschaftspolitischer Handlungskonzepte bereits explizit enthalten. Wir schlagen vor, darüber hinauszugehen.

Durch einige zentrale Prinzipien könnten sich weitergehende Fragen der Verteilungsgerechtigkeit in politische Entscheidungsprozesse einbringen lassen, und zwar durch eine Beteiligung verschiedener Akteure an der Analyse, bei der Folgendes berücksichtigt wird:

- Nicht einkommensbezogene Dimensionen des Wohlergehens durch Instrumente wie den MPI.
- Direkte und indirekte Wirkungen politischer Handlungskonzepte.
- Kompensationsmechanismen für negativ Betroffene.
- Risiken extremer Wetterereignisse, die zwar unwahrscheinlich sein mögen, sich aber als katastrophal erweisen könnten.

Es ist von entscheidender Bedeutung, die Folgen politischer Handlungskonzepte auf die Verteilung und die Umwelt frühzeitig zu analysieren.

Eine saubere und sichere Umwelt – ein Recht, kein Privileg

Die Einbettung von Umweltrechten in die nationale Verfassung und Gesetzgebung kann ein wirksames Mittel sein. Nicht zuletzt versetzt man damit Bürgerinnen und Bürger in die Lage, solche Rechte zu schützen. Mindestens 120 Länder haben Verfassungen, in denen Umweltstandards ein Thema sind. Und viele Länder ohne explizite Umweltrechte interpretieren allgemeine Verfassungsvorschriften über die Rechte des Einzelnen so, dass sie ein

Die Einbettung von Umweltrechten in die nationale Verfassung und Gesetzgebung kann ein wirksames Mittel sein. Nicht zuletzt versetzt man damit Bürgerinnen und Bürger in die Lage, solche Rechte zu schützen

Die
Gerechtigkeitsprinzipien
sprechen für
umfangreiche
Mitteltransfers in
arme Länder, um einen
gerechteren Zugang
zu Wasser und Energie
zu erreichen und
auch, um Maßnahmen
für den Klimaschutz
und zur Anpassung
an den Klimawandel
zu bezahlen

grundlegendes Recht auf eine gesunde Umwelt enthalten.

Erkennt man solche Rechte in der Verfassung an, so hilft das, den Zugang zu einer sauberen Umwelt von der individuellen Kaufkraft zu entkoppeln. Bettet man dieses Recht in den gesetzlichen Rahmen ein, kann dies auch die Prioritäten der Regierung und die Allokation von Ressourcen beeinflussen.

Neben der gesetzlichen Anerkennung gleicher Rechte auf eine gesunde, gut funktionierende Umwelt besteht ein Bedarf an unterstützenden Institutionen, einschließlich eines fairen und unabhängigen Rechtswesens und des Rechts auf Informationen von Regierungen und Unternehmen. Auch die internationale Gemeinschaft erkennt ein Recht auf Umweltinformationen zunehmend an.

Beteiligung und Rechenschaftspflicht

Prozessuale Freiheiten sind für die menschliche Entwicklung von zentraler Bedeutung. Wie im *Bericht über die menschliche Entwicklung* des vergangenen Jahres diskutiert wurde, haben sie sowohl intrinsischen als auch instrumentellen Wert. Große Machtdisparitäten spiegeln sich in großen umweltbezogenen Disparitäten wider. Doch der Umkehrschluss ist, dass mehr Teilhabe auf gerechte Weise positive Veränderungen der Umweltsituation bewirken kann. Demokratie ist wichtig, doch um die Zivilgesellschaft zu stärken und den öffentlichen Zugang zu Informationen zu fördern, müssen die nationalen Institutionen rechenschaftspflichtig sein und die verschiedenen Interessengruppen einbeziehen – insbesondere Frauen und andere betroffene Gruppen.

Eine Voraussetzung für Beteiligung sind offene, transparente und verschiedene Interessengruppen einbeziehende beratende Prozesse. Doch in der Praxis bestehen weiterhin Hindernisse für eine effektive Beteiligung. Trotz positiver Veränderungen sind weitere Anstrengungen nötig, um die Möglichkeiten einiger traditionell ausgeschlossener Gruppen, wie indigener Völker, zu stärken, eine aktivere Rolle zu spielen. Es gibt auch zunehmend Hinweise darauf, wie wichtig es ist, die Beteiligung von Frauen zu ermöglichen – als Wert an

sich und weil damit nachhaltigere Ergebnisse verbunden sind.

Wo Regierungen auf die Anliegen der Bevölkerung reagieren, sind Veränderungen wahrscheinlicher. In einem Umfeld, in dem die Zivilgesellschaft Erfolge verzeichnet, gibt es mehr Rechenschaftspflicht auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Auch die Pressefreiheit ist von entscheidender Bedeutung, um das Bewusstsein zu erhöhen und eine öffentliche Beteiligung zu erleichtern.

Finanzierung von Investitionen: Wo stehen wir?

Nachhaltigkeitsdebatten werfen wichtige Kosten- und Finanzierungsfragen auf, einschließlich der Frage, wer was finanzieren sollte – und wie. Die Gerechtigkeitsprinzipien sprechen für umfangreiche Mitteltransfers in arme Länder, um einen gerechteren Zugang zu Wasser und Energie zu erreichen und auch, um Maßnahmen für den Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu bezahlen.

Aus unserer Analyse zum Thema Finanzierung ergeben sich vier wichtige Aussagen:

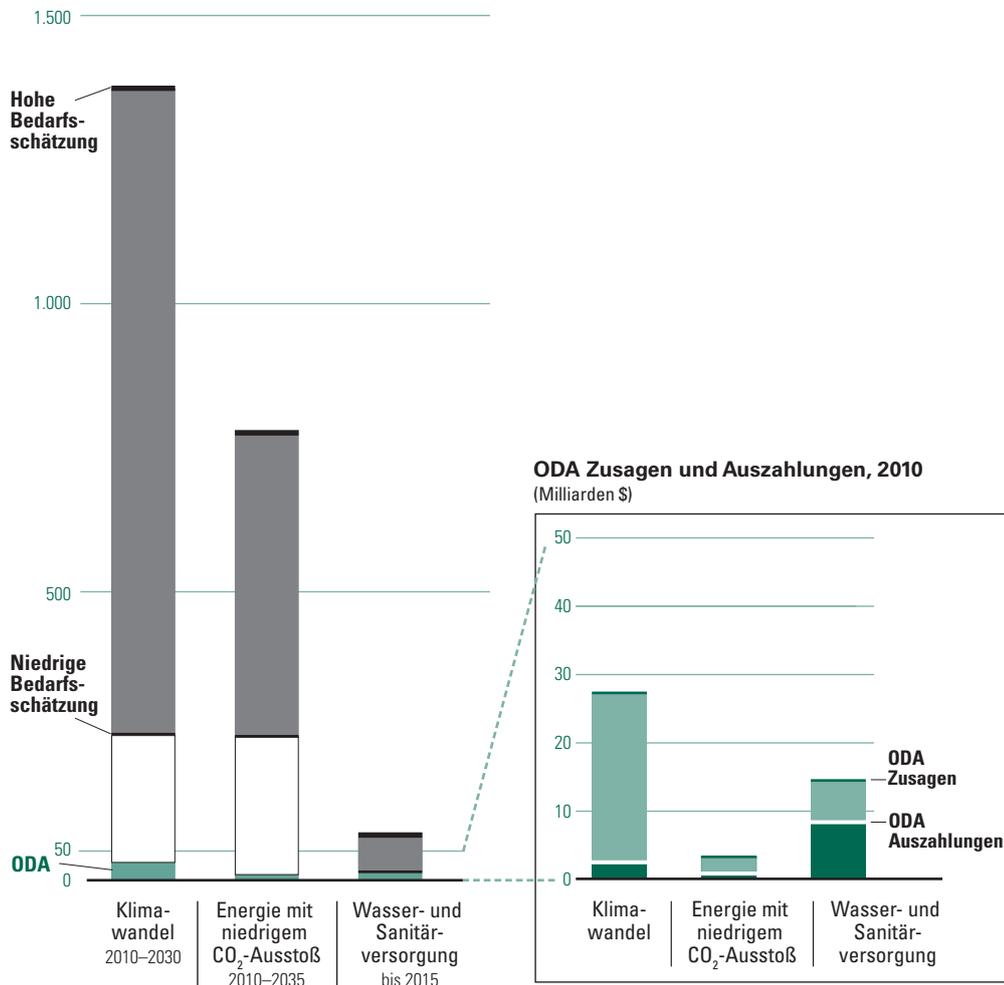
- Der Investitionsbedarf ist groß, aber nicht größer als die gegenwärtigen Ausgaben in anderen Sektoren wie zum Beispiel dem Militär. Die geschätzten jährlichen Investitionen für einen allgemeinen Zugang zu einer modernen Energieversorgung betragen weniger als ein Achtel der jährlichen Subventionen für fossile Brennstoffe.
- Die Zusagen des öffentlichen Sektors sind wichtig (wobei die Großzügigkeit einiger Geber ins Auge fällt) und der Privatsektor ist eine wesentliche – und entscheidende – Finanzierungsquelle. Die staatlichen Anstrengungen können als Katalysator für private Investitionen dienen, was nachdrücklich zeigt, wie wichtig es ist, die öffentlichen Mittel zu erhöhen und ein positives Investitionsklima und lokale Kapazitäten zu unterstützen.
- Die beschränkte Datenlage erschwert die Überwachung der privaten und der inländischen öffentlichen Ausgaben für ökologische Nachhaltigkeit. Die verfügbaren Informationen erlauben nur eine Untersuchung

GRAFIK 8

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit fällt deutlich hinter dem Bedarf zurück

Geschätzter zukünftiger Bedarf und derzeitige öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

Ausgaben pro Jahr (Milliarden \$)



Quelle: Basierend auf Daten von IEA (2010), UN Water (2010a), UNDESA (2010a) und der OECD Development Database on Aid Activities: CRS online.

der Mittelflüsse aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit.

- Die Finanzierungsarchitektur ist komplex und fragmentiert. Dadurch ist sie weniger effektiv und die Ausgaben sind schwieriger zu überwachen. Aus früheren Verpflichtungen auf die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe, wie sie in Paris und Accra eingegangen wurden, kann man viel lernen.

Obwohl die Daten zum Finanzierungsbedarf, zu den Zusagen und den Auszahlungen sehr lückenhaft und die Größenordnungen unsicher sind, ergibt sich doch ein klares Bild. Die Kluft zwischen den

Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und dem Investitionsbedarf im Zusammenhang mit dem Klimawandel, einer emissionsarmen Energieversorgung und der Wasser- und Sanitärversorgung ist riesig – noch größer als die Kluft zwischen den Zusagen und dem Investitionsbedarf (Grafik 8). Die Ausgaben für emissionsarme Energiequellen betragen nur 1,6 Prozent der niedrigeren Bedarfsschätzung, während die Ausgaben für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel rund elf Prozent des niedrig geschätzten Bedarfs ausmachen. Bei der Wasser- und Sanitärversorgung sind die

Mit einem sehr minimalen Satz und ohne irgendwelche zusätzlichen Verwaltungskosten könnte eine Devisentransaktionssteuer zusätzliche Einnahmen von etwa 40 Milliarden US-Dollar pro Jahr generieren. Es gibt nicht viele andere Optionen, die den neuen zusätzlichen Finanzierungsbedarf im erforderlichen Umfang decken könnten

Beträge sehr viel kleiner und die Zusagen aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit bewegen sich sehr viel näher an den geschätzten Kosten.

**Die Finanzierungslücke schließen:
Die Devisentransaktionssteuer – von einer großartigen Idee zu einem praktischen politischen Handlungskonzept**

Die Finanzierungslücke bei den verfügbaren Mitteln, mit denen die in diesem Bericht dokumentierten Deprivationen und Herausforderungen angegangen werden können, ließe sich deutlich verkleinern, indem man neue Möglichkeiten nutzt. Der Hauptkandidat ist die Devisentransaktionssteuer. Sie wurde ursprünglich im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 1994 vorgeschlagen und wird nun zunehmend als praktikable politische Option akzeptiert. Die jüngste Finanzkrise hat das Interesse an dem Vorschlag wiederbelebt und unterstrichen, wie relevant und zeitgemäß er ist.

Die heutige Infrastruktur für Devisengeschäfte ist organisierter, zentralisierter und standardisierter, sodass es neu ist, zu betonen, dass ihre Umsetzung jetzt machbar ist. Die Steuer wird auf hoher Ebene unterstützt, unter anderem von der Pilotgruppe über innovative Finanzierung für Entwicklung, in der etwa 63 Länder, darunter China, Frankreich, Deutschland, Japan und das Vereinigte Königreich, vertreten sind. Und die Hochrangige Beratergruppe der Vereinten Nationen zur Frage der Finanzierung des Klimawandels schlug kürzlich vor, 25 bis 50 Prozent der Einnahmen aus einer solchen Steuer in den Klimaschutz und in die Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern zu lenken.

Unsere auf den neuesten Stand gebrachte Analyse zeigt, dass die Devisentransaktionssteuer mit einem sehr minimalen Satz (0,005 Prozent) und ohne irgendwelche zusätzlichen Verwaltungskosten zusätzliche Einnahmen von etwa 40 Milliarden US-Dollar pro Jahr generieren könnte. Es gibt nicht viele andere Optionen, die den neuen zusätzlichen Finanzierungsbedarf, auf den in internationalen Debatten hingewiesen wird, im erforderlichen Umfang decken könnten.

Eine breiter angelegte Finanztransaktionssteuer verspricht ebenfalls ein großes Einnahmepotenzial. Die meisten G-20-Länder haben bereits irgendeine Form von Finanztransaktionssteuer eingeführt und der Internationale Währungsfonds (IWF) hat bestätigt, dass auch eine breiter angelegte Abgabe realisierbar wäre. Eine Version der Steuer, eine Abgabe von 0,05 Prozent auf nationale und internationale Finanztransaktionen, könnte geschätzte 600 bis 700 Milliarden US-Dollar generieren.

Auch die Monetarisierung von Teilen der überschüssigen Sonderziehungsrechte des IWF stößt auf Interesse. Dadurch ließen sich bis zu 75 Milliarden US-Dollar aufbringen, ohne die Haushalte der beteiligten Regierungen wesentlich zu belasten. Die Sonderziehungsrechte haben den zusätzlichen Reiz, dass sie als monetäres Ausgleichsinstrument dienen. Es wird erwartet, dass die Nachfrage danach aus Schwellenländern kommt, die die von ihnen gehaltenen Währungsreserven diversifizieren möchten.

Reformen für mehr Gerechtigkeit und Mitsprache

Um die Kluft zu überbrücken, die Politiker, Verhandlungsführer und Entscheidungsträger von den Bürgerinnen und Bürgern trennt, die von einer Verschlechterung der Umweltsituation besonders betroffen sind, muss man die Rechenschaftslücke in der globalen Umweltpolitik schließen. Zwar lassen sich mit Rechenschaftspflicht allein die Herausforderungen nicht meistern, doch sie ist für den Aufbau eines für die Gesellschaft und die Umwelt effektiven globalen Steuerungssystems, das für die Menschen auch die entsprechenden Leistungen erbringt, von grundlegender Bedeutung.

Wir rufen zu Maßnahmen zur Verbesserung der Gerechtigkeit und Mitsprache beim Zugang zu Finanzierung auf, um die Anstrengungen im Kampf gegen die Umweltzerstörung zu unterstützen.

Private Mittel sind zwar von entscheidender Bedeutung, doch da zum Beispiel im Energiesektor die meisten finanziellen Mittel aus privater Hand kommen, beeinträchtigen

die von privaten Investoren in einigen Regionen als solche wahrgenommenen höheren Risiken und geringeren Renditen die Investitionsströme. Ohne Reformen wird der Zugang zu Finanzierung unter den einzelnen Ländern ungleich verteilt bleiben und bestehende Ungleichheiten in der Tat verschärfen. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist sicherzustellen, dass die öffentlichen Investitionsströme gerecht sind und Bedingungen zu schaffen, die helfen, in Zukunft private Investitionen anzuziehen.

Die Implikationen sind klar. Es braucht Gerechtigkeitsprinzipien, um internationale Finanzströme zu lenken und zu fördern. Es bedarf der Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, sodass die Entwicklungsländer geeignete politische Handlungskonzepte und Anreize einführen können. Die entsprechenden Steuerungsmechanismen für eine internationale öffentliche Finanzierung müssen Mitspracherechte und soziale Rechenschaftspflicht ermöglichen.

Jede Anstrengung zur Verlangsamung oder zum Aufhalten des Klimawandels, die wirklich Veränderungen bewirken soll, erfordert eine Kombination an Ressourcen – einheimische und internationale, private und öffentliche, Zuschüsse und Kredite. Zur Sicherstellung eines gerechten Zugangs zu internationalen Finanzströmen und ihrer effizienten Nutzung wird in diesem Bericht die Stärkung nationaler Akteure befürwortet. Dadurch soll eine Kombination von Möglichkeiten zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen auf nationaler Ebene erreicht werden. Nationale Klimafonds können die operative Mischung und das Monitoring nationaler und internationaler, privater und öffentlicher, als Zuschuss gewährter oder als Kredit geliehener Mittel erleichtern. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherstellung von Rechenschaftspflicht im Inland und positiven Verteilungswirkungen.

In diesem Bericht wird vorgeschlagen, den Schwerpunkt auf vier Maßnahmenpakete auf

nationaler Ebene zu legen, um diese Agenda voranzubringen:

- *Strategien für niedrige Emissionen, die die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel fördern* – um Ziele der menschlichen Entwicklung, der Verteilungsgerechtigkeit und des Klimaschutzes in Einklang zu bringen.
- *Öffentlich-Private Partnerschaften* – um Kapital aus Unternehmen und Haushalten zu katalysieren.
- *Fazilitäten zur Förderung klimabezogener Projekte* – für einen gerechten Zugang zu internationaler öffentlicher Finanzierung.
- *Koordinierte Umsetzungs-, Monitoring-, Berichts- und Überprüfungs-systeme* – um langfristig effiziente Ergebnisse und Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung vor Ort und den Partnern zu erreichen.

Schließlich fordern wir eine hochkarätige globale Initiative für den allgemeinen Zugang zu Energie, die Überzeugungsarbeit leistet, das Bewusstsein schärft und die Entwicklung sauberer Energien auf nationaler Ebene engagiert unterstützt. Eine solche Initiative könnte eine Verschiebung von sporadischen hin zu strukturellen Veränderungen anstoßen.

* * *

Dieser Bericht beleuchtet die Zusammenhänge zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit und zeigt, wie die menschliche Entwicklung nachhaltiger und gerechter werden kann. Er zeigt, wie die Zerstörung der Umwelt arme und besonders anfällige Gruppen stärker trifft als andere. Wir schlagen eine politische Agenda vor, um diese Ungleichgewichte zu beseitigen. Wir entwickeln den Rahmen für eine Strategie, mit der die aktuellen Umweltprobleme auf eine Art und Weise angegangen werden, die Gerechtigkeit und menschliche Entwicklung fördert. Und wir zeigen praktische Wege, um diese komplementären Ziele gemeinsam voranzubringen, die Wahlmöglichkeiten der Menschen zu erweitern und gleichzeitig unsere Umwelt zu schützen.

Jede Anstrengung zur Verlangsamung oder zum Aufhalten des Klimawandels erfordert eine Kombination an Ressourcen – einheimische und internationale, private und öffentliche, Zuschüsse und Kredite

LÄNDERSCHLÜSSEL

Rang 2011 und Rangveränderung 2010-2011

Afghanistan	172		
Ägypten	113	↓	-1
Albanien	70	↑	1
Algerien	96		
Andorra	32		
Angola	148		
Antigua und Barbuda	60	↑	1
Äquatorialguinea	136	↓	-1
Argentinien	45	↑	1
Armenien	86		
Aserbaidzhan	91		
Äthiopien	174		
Australien	2		
Bahamas	53		
Bahrain	42		
Bangladesch	146		
Barbados	47		
Belarus	65		
Belgien	18		
Belize	93	↓	-1
Benin	167		
Bes. palästinensisches Geb.	114		
Bhutan	141	↓	-1
Bolivien, Plurinat. Staat	108		
Bosnien u. Herzegowina	74		
Botsuana	118	↓	-1
Brasilien	84	↑	1
Brunei Darussalam	33		
Bulgarien	55	↑	1
Burkina Faso	181		
Burundi	185		
Chile	44		
China	101		
Costa Rica	69	↓	-1
Côte d'Ivoire	170		
Dänemark	16		
Deutschland	9		
Dominica	81	↓	-1
Dominikanische Republik	98	↑	2
Dschibuti	165	↓	-1
Ecuador	83		
El Salvador	105		
Eritrea	177		
Estland	34		
Fidschi	100	↓	-3
Finnland	22		
Frankreich	20		
Gabun	106		
Gambia	168		
Georgien	75		
Ghana	135	↑	1
Grenada	67		
Griechenland	29		
Guatemala	131		
Guinea	178		
Guinea-Bissau	176		
Guyana	117	↑	2
Haiti	158	↑	1
Honduras	121	↓	-1
Hongkong, China (SAR)	13	↑	1
Indien	134		
Indonesien	124	↑	1
Irak	132		

Iran, Islamische Republik	88	↓	-1
Irland	7		
Island	14	↓	-1
Israel	17		
Italien	24		
Jamaika	79	↓	-1
Japan	12		
Jemen	154		
Jordanien	95	↓	-1
Kambodscha	139	↑	2
Kamerun	150	↑	1
Kanada	6		
Kap Verde	133		
Kasachstan	68	↑	1
Katar	37		
Kenia	143	↑	1
Kirgistan	126		
Kiribati	122		
Kolumbien	87	↑	1
Komoren	163		
Kongo	137		
Kongo, Demokratische Rep.	187		
Korea, Republik	15		
Kroatien	46	↓	-1
Kuba	51		
Kuwait	63	↓	-1
Laos, Demokratische Volksrep.	138	↑	1
Lesotho	160		
Lettland	43		
Libanon	71	↓	-1
Liberia	182	↑	1
Libyen	64	↓	-10
Liechtenstein	8		
Litauen	40	↑	1
Luxemburg	25		
Madagaskar	151	↓	-2
Malawi	171		
Malaysia	61	↑	3
Malediven	109		
Mali	175		
Malta	36		
Marokko	130		
Mauretanien	159	↓	-1
Mauritius	77		
Mazedonien, ehem. jugosl. Rep.	78	↓	-2
Mexiko	57		
Mikronesien, Föd. Staaten von	116		
Moldau, Republik	111		
Mongolei	110		
Montenegro	54	↑	1
Mosambik	184		
Myanmar	149	↑	1
Namibia	120	↑	1
Nepal	157	↓	-1
Neuseeland	5		
Nicaragua	129		
Niederlande	3		
Niger	186		
Nigeria	156	↑	1
Norwegen	1		
Oman	89		
Österreich	19		
Pakistan	145		

Palau	49		
Panama	58	↑	1
Papua-Neuguinea	153	↓	-1
Paraguay	107		
Peru	80	↑	1
Philippinen	112	↑	1
Polen	39		
Portugal	41	↓	-1
Ruanda	166		
Rumänien	50		
Russische Föderation	66		
Salomonen	142		
Sambia	164	↑	1
Samoa	99		
São Tomé und Príncipe	144	↓	-1
Saudi-Arabien	56	↑	2
Schweden	10		
Schweiz	11		
Senegal	155		
Serbien	59	↑	1
Seychellen	52		
Sierra Leone	180		
Simbabwe	173		
Singapur	26		
Slowakei	35		
Slowenien	21		
Spanien	23		
Sri Lanka	97	↑	1
St. Kitts und Nevis	72		
St. Lucia	82		
St. Vincent und die Grenadinen	85	↓	-1
Südafrika	123	↑	1
Sudan	169		
Suriname	104		
Swasiland	140	↓	-2
Syrien, Arabische Rep.	119	↓	-1
Tadschikistan	127		
Tansania, Vereinigte Rep.	152	↑	1
Thailand	103		
Timor-Leste	147		
Togo	162		
Tonga	90		
Trinidad und Tobago	62	↑	1
Tschad	183	↓	-1
Tschechische Republik	27		
Tunesien	94	↓	-1
Türkei	92	↑	3
Turkmenistan	102		
Uganda	161		
Ukraine	76	↑	3
Ungarn	38		
Uruguay	48		
Usbekistan	115		
Vanuatu	125	↓	-2
Venezuela, Bolivarische Rep.	73		
Vereinigte Arabische Emirate	30		
Vereinigte Staaten	4		
Vereinigtes Königreich	28		
Vietnam	128		
Zentralafrikanische Republik	179		
Zypern	31		

HINWEIS

Pfeile verdeutlichen den Auf- oder Abstieg eines Landes in der Rangfolge im Zeitraum 2010 bis 2011 unter Verwendung konsistenter Daten und einer einheitlichen Methodik. Keine Angabe bedeutet keine Veränderung.

Indizes der menschlichen Entwicklung

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung	Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung		Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Index der mehrdimensionalen Armut	
	Wert	Wert	Rang	Wert	Rang		
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG							
1	Norwegen	0,943	0,890	1	0,075	6	..
2	Australien	0,929	0,856	2	0,136	18	..
3	Niederlande	0,910	0,846	4	0,052	2	..
4	Vereinigte Staaten	0,910	0,771	23	0,299	47	..
5	Neuseeland	0,908	0,195	32	..
6	Kanada	0,908	0,829	12	0,140	20	..
7	Irland	0,908	0,843	6	0,203	33	..
8	Liechtenstein	0,905
9	Deutschland	0,905	0,842	7	0,085	7	..
10	Schweden	0,904	0,851	3	0,049	1	..
11	Schweiz	0,903	0,840	9	0,067	4	..
12	Japan	0,901	0,123	14	..
13	Hongkong, China (SAR)	0,898
14	Island	0,898	0,845	5	0,099	9	..
15	Korea, Republik	0,897	0,749	28	0,111	11	..
16	Dänemark	0,895	0,842	8	0,060	3	..
17	Israel	0,888	0,779	21	0,145	22	..
18	Belgien	0,886	0,819	15	0,114	12	..
19	Österreich	0,885	0,820	14	0,131	16	..
20	Frankreich	0,884	0,804	16	0,106	10	..
21	Slowenien	0,884	0,837	10	0,175	28	0,000
22	Finnland	0,882	0,833	11	0,075	5	..
23	Spanien	0,878	0,799	17	0,117	13	..
24	Italien	0,874	0,779	22	0,124	15	..
25	Luxemburg	0,867	0,799	18	0,169	26	..
26	Singapur	0,866	0,086	8	..
27	Tschechische Republik	0,865	0,821	13	0,136	17	0,010
28	Vereinigtes Königreich	0,863	0,791	19	0,209	34	..
29	Griechenland	0,861	0,756	26	0,162	24	..
30	Vereinigte Arabische Emirate	0,846	0,234	38	0,002
31	Zypern	0,840	0,755	27	0,141	21	..
32	Andorra	0,838
33	Brunei Darussalam	0,838
34	Estland	0,835	0,769	24	0,194	30	0,026
35	Slowakei	0,834	0,787	20	0,194	31	0,000
36	Malta	0,832	0,272	42	..
37	Katar	0,831	0,549	111	..
38	Ungarn	0,816	0,759	25	0,237	39	0,016
39	Polen	0,813	0,734	29	0,164	25	..
40	Litauen	0,810	0,730	30	0,192	29	..
41	Portugal	0,809	0,726	31	0,140	19	..
42	Bahrain	0,806	0,288	44	..
43	Lettland	0,805	0,717	33	0,216	36	0,006
44	Chile	0,805	0,652	44	0,374	68	..
45	Argentinien	0,797	0,641	47	0,372	67	0,011
46	Kroatien	0,796	0,675	38	0,170	27	0,016
47	Barbados	0,793	0,364	65	..
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG							
48	Uruguay	0,783	0,654	43	0,352	62	0,006
49	Palau	0,782
50	Rumänien	0,781	0,683	36	0,333	55	..
51	Kuba	0,776	0,337	58	..
52	Seychellen	0,773
53	Bahamas	0,771	0,658	41	0,332	54	..
54	Montenegro	0,771	0,718	32	0,006
55	Bulgarien	0,771	0,683	37	0,245	40	..
56	Saudi-Arabien	0,770	0,646	135	..
57	Mexiko	0,770	0,589	56	0,448	79	0,015

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung	Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung		Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Index der mehrdimensionalen Armut	
		Wert	Wert	Rang	Wert		Rang
58	Panama	0,768	0,579	57	0,492	95	..
59	Serbien	0,766	0,694	34	0,003
60	Antigua und Barbuda	0,764
61	Malaysia	0,761	0,286	43	..
62	Trinidad und Tobago	0,760	0,644	46	0,331	53	0,020
63	Kuwait	0,760	0,229	37	..
64	Libyen	0,760	0,314	51	..
65	Belarus	0,756	0,693	35	0,000
66	Russische Föderation	0,755	0,670	39	0,338	59	0,005
67	Grenada	0,748
68	Kasachstan	0,745	0,656	42	0,334	56	0,002
69	Costa Rica	0,744	0,591	55	0,361	64	..
70	Albanien	0,739	0,637	49	0,271	41	0,005
71	Albanien	0,739	0,570	59	0,440	76	..
72	Saint Kitts und Nevis	0,735
73	Venezuela, Bolivarische Republik	0,735	0,540	67	0,447	78	..
74	Bosnien und Herzegowina	0,733	0,649	45	0,003
75	Georgien	0,733	0,630	51	0,418	73	0,003
76	Ukraine	0,729	0,662	40	0,335	57	0,008
77	Mauritius	0,728	0,631	50	0,353	63	..
78	Mazedonien, ehem. jugosl. Rep.	0,728	0,609	54	0,151	23	0,008
79	Jamaika	0,727	0,610	53	0,450	81	..
80	Peru	0,725	0,557	63	0,415	72	0,086
81	Dominica	0,724
82	St. Lucia	0,723
83	Ecuador	0,720	0,535	69	0,469	85	0,009
84	Brasilien	0,718	0,519	73	0,449	80	0,011
85	St. Vincent und die Grenadinen	0,717
86	Armenien	0,716	0,639	48	0,343	60	0,004
87	Kolumbien	0,710	0,479	86	0,482	91	0,022
88	Iran, Islamische Rep.	0,707	0,485	92	..
89	Oman	0,705	0,309	49	..
90	Tonga	0,704
91	Aserbaidtschan	0,700	0,620	52	0,314	50	0,021
92	Türkei	0,699	0,542	66	0,443	77	0,028
93	Belize	0,699	0,493	97	0,024
94	Tunesien	0,698	0,523	72	0,293	45	0,010
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG							
95	Jordanien	0,698	0,565	61	0,456	83	0,008
96	Algerien	0,698	0,412	71	..
97	Sri Lanka	0,691	0,579	58	0,419	74	0,021
98	Dominikanische Republik	0,689	0,510	77	0,480	90	0,018
99	Samoa	0,688
100	Fidschi	0,688
101	China	0,687	0,534	70	0,209	35	0,056
102	Turkmenistan	0,686
103	Thailand	0,682	0,537	68	0,382	69	0,006
104	Suriname	0,680	0,518	74	0,039
105	El Salvador	0,674	0,495	83	0,487	93	..
106	Gabun	0,674	0,543	65	0,509	103	0,161
107	Paraguay	0,665	0,505	78	0,476	87	0,064
108	Bolivien, Plurinationaler Staat	0,663	0,437	87	0,476	88	0,089
109	Malediven	0,661	0,495	82	0,320	52	0,018
110	Mongolei	0,653	0,563	62	0,410	70	0,065
111	Moldau, Republik	0,649	0,569	60	0,298	46	0,007
112	Philippinen	0,644	0,516	75	0,427	75	0,064
113	Ägypten	0,644	0,489	85	0,024
114	Bes. Palästinensisches Geb.	0,641	0,005
115	Usbekistan	0,641	0,544	64	0,008
116	Mikronesien, Föd. Staaten von	0,636	0,390	94
117	Guyana	0,633	0,492	84	0,511	106	0,053
118	Botsuana	0,633	0,507	102	..
119	Syrien, Arabische Rep.	0,632	0,503	80	0,474	86	0,021
120	Namibia	0,625	0,353	99	0,466	84	0,187

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung	Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung		Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Index der mehrdimensionalen Armut	
		Wert	Wert	Rang	Wert		Rang
121	Honduras	0,625	0,427	89	0,511	105	0,159
122	Kiribati	0,624
123	Südafrika	0,619	0,490	94	0,057
124	Indonesien	0,617	0,504	79	0,505	100	0,095
125	Vanuatu	0,617	0,129
126	Kirgistan	0,615	0,526	71	0,370	66	0,019
127	Tadschikistan	0,607	0,500	81	0,347	61	0,068
128	Vietnam	0,593	0,510	76	0,305	48	0,084
129	Nicaragua	0,589	0,427	88	0,506	101	0,128
130	Marokko	0,582	0,409	90	0,510	104	0,048
131	Guatemala	0,574	0,393	92	0,542	109	0,127
132	Irak	0,573	0,579	117	0,059
133	Kap Verde	0,568
134	Indien	0,547	0,392	93	0,617	129	0,283
135	Ghana	0,541	0,367	96	0,598	122	0,144
136	Äquatorialguinea	0,537
137	Kongo	0,533	0,367	97	0,628	132	0,208
138	Laos, Dem. Volksrep.	0,524	0,405	91	0,513	107	0,267
139	Kambodscha	0,523	0,380	95	0,500	99	0,251
140	Swasiland	0,522	0,338	103	0,546	110	0,184
141	Bhutan	0,522	0,495	98	0,119
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG							
142	Salomonen	0,510
143	Kenia	0,509	0,338	102	0,627	130	0,229
144	São Tomé und Príncipe	0,509	0,348	100	0,154
145	Pakistan	0,504	0,346	101	0,573	115	0,264
146	Bangladesch	0,500	0,363	98	0,550	112	0,292
147	Timor-Leste	0,495	0,332	105	0,360
148	Angola	0,486	0,452
149	Myanmar	0,483	0,492	96	0,154
150	Kamerun	0,482	0,321	107	0,639	134	0,287
151	Madagaskar	0,480	0,332	104	0,357
152	Tansania, Vereinigte Rep.	0,466	0,332	106	0,590	119	0,367
153	Papua-Neuguinea	0,466	0,674	140	..
154	Jemen	0,462	0,312	108	0,769	146	0,283
155	Senegal	0,459	0,304	109	0,566	114	0,384
156	Nigeria	0,459	0,278	116	0,310
157	Nepal	0,458	0,301	111	0,558	113	0,350
158	Haiti	0,454	0,271	121	0,599	123	0,299
159	Mauretanien	0,453	0,298	112	0,605	126	0,352
160	Lesotho	0,450	0,288	115	0,532	108	0,156
161	Uganda	0,446	0,296	113	0,577	116	0,367
162	Togo	0,435	0,289	114	0,602	124	0,284
163	Komoren	0,433	0,408
164	Sambia	0,430	0,303	110	0,627	131	0,328
165	Dschibuti	0,430	0,275	118	0,139
166	Ruanda	0,429	0,276	117	0,453	82	0,426
167	Benin	0,427	0,274	119	0,634	133	0,412
168	Gambia	0,420	0,610	127	0,324
169	Sudan	0,408	0,611	128	..
170	Côte d'Ivoire	0,400	0,246	124	0,655	136	0,353
171	Malawi	0,400	0,272	120	0,594	120	0,381
172	Afghanistan	0,398	0,707	141	..
173	Simbabwe	0,376	0,268	122	0,583	118	0,180
174	Äthiopien	0,363	0,247	123	0,562
175	Mali	0,359	0,712	143	0,558
176	Guinea-Bissau	0,353	0,207	129
177	Eritrea	0,349
178	Guinea	0,344	0,211	128	0,506
179	Zentralafrikanische Rep.	0,343	0,204	130	0,669	138	0,512
180	Sierra Leone	0,336	0,196	131	0,662	137	0,439
181	Burkina Faso	0,331	0,215	126	0,596	121	0,536
182	Liberia	0,329	0,213	127	0,671	139	0,485
183	Tschad	0,328	0,196	132	0,735	145	0,344

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung Wert	Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung		Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Index der mehrdimensionalen Armut	
		Wert	Rang	Wert	Rang		
184	Mosambik	0,322	0,229	125	0,602	125	0,512
185	Burundi	0,316	0,478	89	0,530
186	Niger	0,295	0,195	133	0,724	144	0,642
187	Kongo, Demokratische Republik	0,286	0,172	134	0,710	142	0,393
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE							
	Korea, Dem. Volksrep.
	Marshallinseln
	Monaco
	Nauru
	San Marino
	Somalia	0,514
	Tuvalu
HDI-Gruppierungen							
	Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,889	0,787	—	0,224	—	—
	Hohe menschliche Entwicklung	0,741	0,590	—	0,409	—	—
	Mittlere menschliche Entwicklung	0,630	0,480	—	0,475	—	—
	Niedrige menschliche Entwicklung	0,456	0,304	—	0,606	—	—
Regionen							
	Arabische Staaten	0,641	0,472	—	0,563	—	—
	Ostasien und Pazifik	0,671	0,528	—	..	—	—
	Europa und Zentralasien	0,751	0,655	—	0,311	—	—
	Lateinamerika und Karibik	0,731	0,540	—	0,445	—	—
	Südasien	0,548	0,393	—	0,601	—	—
	Afrika südlich der Sahara	0,463	0,303	—	0,610	—	—
	Am wenigsten entwickelte Länder	0,439	0,296	—	0,594	—	—
	Kleine Inselentwicklungsländer	0,640	0,458	—	..	—	—
	Welt	0,682	0,525	—	0,492	—	—

NOTE

Die Indizes nutzen Daten aus verschiedenen Jahren – zur genaueren Erläuterung verweisen wir auf den Statistischen Anhang der Gesamtausgabe des *Berichts über die menschliche Entwicklung 2011*. Dort finden sich auch die Datenquellen sowie sämtliche Anmerkungen und Hinweise.

Die Klassifizierung der Länder beruht auf HDI-Quartilen: Ein Land ist in der Gruppe „Sehr hohe menschliche Entwicklung“, wenn sein HDI-Wert im obersten Viertel liegt; in der Gruppe „hohe menschliche Entwicklung“ wenn sein Wert im zweiten Viertel liegt, usw. Frühere Berichte über die menschliche Entwicklung benutzten zumeist absolute Schwellenwerte

Die große Herausforderung für die Entwicklung im 21. Jahrhundert liegt darin, das Recht der heutigen und der künftigen Generationen auf ein gesundes und erfülltes Leben zu gewährleisten. Der *Bericht über die menschliche Entwicklung 2011* steuert wichtige neue Beiträge zum weltweiten Dialog über diese Herausforderung bei. Er zeigt, dass Nachhaltigkeit unauflöslich mit Gerechtigkeit verbunden ist – mit Fragen zu Fairness, sozialer Gerechtigkeit und besserer Lebensqualität.

Es besteht die Gefahr, dass die stetigen Fortschritte, die die meisten Armen auf der Welt über Jahrzehnte erreicht haben, sich verlangsamen, ja sogar die globale Annäherung der menschlichen Entwicklung sich umkehrt, wenn es weiterhin nicht gelingt, die gravierenden Umweltrisiken und die wachsenden Ungleichheiten zu vermindern. Hier müssen weltweit mutige Schritte eingeleitet werden. Dieser Bericht zeigt Wege auf, die es einzelnen Menschen, lokalen Gemeinschaften, Ländern und der internationalen Gemeinschaft ermöglichen, ökologische Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit so zu fördern, dass sie sich gegenseitig verstärken.

Neue Untersuchungen zeigen, dass ungleiche Machtverteilung und Geschlechterungleichheit auf nationaler Ebene einhergehen mit mangelndem Zugang zu sauberem Wasser und besserer Sanitärversorgung, mit Bodendegradation sowie mit Krankheit und Tod aufgrund von Luftverschmutzung – Faktoren, die die negativen Auswirkungen krasser Einkommensunterschiede verstärken. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Ungleichheit und Umweltproblemen. Die auf globaler Ebene etablierten Strukturen politischer Steuerung schwächen häufig die Mitsprachemöglichkeiten der Entwicklungsländer und schließen Randgruppen aus.

Aber es gibt Alternativen zu Ungleichheit und fehlender Nachhaltigkeit. Investitionen, die zu mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit führen – zum Beispiel Investitionen in den Zugang zu erneuerbarer Energie, Wasser und Sanitärversorgung und reproduktiven Gesundheitsdiensten –, können sowohl die Nachhaltigkeit als auch die menschliche Entwicklung fördern. Die Rechenschaftspflicht und demokratischen Prozesse zu stärken, kann ebenfalls zu Verbesserungen führen. Gemeinschaftliche Bewirtschaftung, integrative Einrichtungen und die Beachtung benachteiligter Gruppen sind Bestandteile erfolgreicher Ansätze. Über die Millenniums-Entwicklungsziele hinaus braucht die Welt einen Entwicklungsrahmen, in dem Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ihren Platz finden. Dieser Bericht zeigt, dass Ansätze, die Gerechtigkeit in politische Konzepte und Programme integrieren und Menschen mit der Fähigkeit ausstatten, rechtliche und politische Veränderungen herbeizuführen, äußerst vielversprechend sind.

Der Bedarf an Finanzmitteln für die Entwicklung ist um ein Vielfaches höher als die derzeitige öffentliche Entwicklungshilfe. Die Ausgaben für kohlenstoffarme Energiequellen beispielsweise erreichen heute weniger als zwei Prozent der niedrigsten Bedarfsschätzung. Die Finanzströme müssen auch dazu beitragen, die größten Herausforderungen – Ungleichheit und fehlende Nachhaltigkeit – zu bewältigen. Zwar werden Marktmechanismen und private Finanzmittel eine entscheidende Rolle spielen, aber sie müssen durch proaktive öffentliche Investitionen unterstützt und in ihrer Wirkung verstärkt werden. Wenn wir die Finanzierungslücke schließen wollen, ist innovatives Denken unabdingbar – eine Forderung, der dieser Bericht nachkommt.

Der Bericht befürwortet auch Reformen, die Gerechtigkeit und Mitsprache fördern. Wir haben eine weltweite kollektive Verantwortung gegenüber den am wenigsten privilegierten Gruppen, den heutigen wie den zukünftigen. Ein moralischer Imperativ verpflichtet uns, dafür zu sorgen, dass die Gegenwart nicht zum Feind der Zukunft wird. Dieser Bericht kann uns helfen, den einzuschlagenden Weg zu erkennen.